40 JAHRE ASF

in Baden-Württemberg

HERAUSGEBERIN
SPD-Landesverband
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel. (0711) 61936-0
Internet: www.asf-bw.de

REDAKTION
Andrea Schiele

LAYOUT
Rebekka Henschel

TITEL
„SPD - gleichberechtigt nur durch die Sozialdemokratie“ 1947
Archiv der sozialen Demokratie, Gestaltung: Charkes Kiesel, Flöter (Foto)

DRUCK
Eigendruck
September 2013

FOTOS
SPD, privat, Regine Lieb

Editorial: 40 Jahre AsF in Baden-Württemberg

VON ANETTE SORG

Liebe Leserinnen und Leser,

historische Romane boomen. Menschen, die im Geschichtsunterricht gelangweilt gegähnt haben, verschlingen geradezu Geschichten, die in längst vergangenen Tagen spielen. Geschichte wird interessanter durch Erzählungen von Menschen, die aus eigenem Erleben berichten, ihre Emotionen und persönlichen Bewertungen einfließen lassen.
Auch die AsF Baden-Württemberg möchte zu ihrem 40-jährigen Jubiläum nicht einfach nur nackte Zahlen und Daten auflisten, sondern Ereignisse mit Menschen in Verbindung bringen. 40 Jahre – (fast) 40 Geschichten ist eine Sammlung von solchen Schlaglichtern. Persönliche Geschichten in denen sich ausdrückt, wie sehr das private eben auch immer politisch ist. Allen Frauen, die sich für diese Idee begeistern ließen und ihren Beitrag zu dieser Broschüre geleistet haben, sagen wir ein herzliches Dankeschön. Unser besonderer Dank gilt Dr. Andrea Hoffend für ihre Initialzündung und ihren inhaltlichen Input, Rebekka Henschel für ihr gelungenes Layout und die Zeit, die sie dafür investiert hat und nicht zuletzt Andrea Schiele, die die undankbare Aufgabe hatte, immer wieder an Termine zu erinnern und die zusammen mit Dr. Gudrun Igel-Mann die Sammel-Aufgabe übernommen hatte. Ohne Andreas und Gudruns Überblick, ohne Andrea Hoffends Impuls und ohne Rebekkas künstlerisches Zutun hätte diese Broschüre nicht entstehen können.

40 Jahre Revue passieren lassen, das geht nicht ohne eine Verneigung vor den Frauen, die Vorreite-

rinnen des Kampfes für Geschlechtergerechtigkeit in Baden-Württemberg waren. Mit Herta Däubler-Gmelin als erste Vorsitzende der AsF im Ländle machten sich die Frauen auf den Weg, denn jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Aber auch all ihre Nachfolgerinnen und alle hier nicht genannten Mitstreiterinnen dürfen sich unserer Wertschätzung sicher sein.

Unser letzter Erfolg, die Verankerung des „Reißverschlussprinzips“ in der Satzung der SPD lässt hoffen. Es gab bereits vor der Bundestagswahl 2009 einen Vorstoß der AsF den Reißverschluss einzuführen, der damals im Landesvorstand noch mit erschreckender Mehrheit abgelehnt worden war. Hier muss wie so oft das Willy Brandt-Zitat bemüht werden: „Die Emanzipation kommt voran wie eine Schnecke auf Glatteis - unendlich mühsam und langsam.“

Jeder neu gewählte AsF-Landesvorstand tritt sicherlich mit dem Wunsch an, dieser Emanzipations-Schnecke Flügel zu verleihen und jeder neue Vorstand muss Widerständen und einer Politik der (manchmal sehr kleinen) Schritte ins Auge sehen. Wenn uns oder unsere Nachfolgerinnen mal wieder der Mut verlassen sollte, lohnt ein Blick in diese Broschüre: was haben unsere Vorgängerinnen und wir nicht alles erreicht!

Ich möchte euch alle ermuntern, nicht nachzulassen in eurem Einsatz für eine Welt, in der wir Frauen nicht nur nach dem Gesetzeswortlaut gleichberechtigt sind, sondern in der wir ganz selbstverständlich für die Hälfte der Zeit, der Macht, der bezahlten und unbezahlten Arbeit und des Geldes verantwortlich sein werden.

ANETTE SORG
AsF-Landesvorsitzende seit 2011

1968 in Deutschland: das finstere Mittelalter

VON ARMI ROTH-BERNSTEIN-WIESNER

Ich kam im Sommer 1968 mit 19 Jahren nach Süd-Deutschland von Finnland und hatte wenig Ahnung über das deutsche Familienrecht.

Damals gab es in Deutschland noch den Kuppeleiparagraphen im Strafgesetzbuch. Der Vater meines damaligen Freundes, ein echter Patriarch, entschied, dass ich eine Mongolin sei und eine Gefahr für das deutsche Reich. Da wir nicht bei ihm zusammen sein konnten und unverheiratet auch keine Wohnung bekamen, bestellten wir das Aufgebot um zu heiraten. Der Standesbeamte fragte mich gewissenhaft, ob ich schon mal mit einem männlichen Mitglied der Familie meines Mannes „was gehabt hätte", z.B. mit meinem zukünftigen Schwiegervater, das wäre nach dem damaligen Recht ein Ehehindernis gewesen.
Was das denn ihn anginge, fragte ich.

Meine Mutter fragte mich, ob wir nicht einige Zeit zusammen leben könnten, um nicht übereilt zu heiraten. „Das ist hier strafbar" schrieb ich ihr zurück. Sie war fassungslos.

Als wir geheiratet hatten, las ich im Familienstammbuch, das uns der Standesbeamte nach der Trauung überreicht hatte, beunruhigende Dinge: sollte mein Mann der Meinung sein, ich erfülle meine ehelichen Pflichten nicht, könnte ich schuldig geschieden werden. War er der Meinung, dass ich den häuslichen Pflichten nicht nachkam, konnte er mir verbieten erwerbstätig zu sein. Von SEINEN Pflichten war nirgends die Rede.

1968 in Deutschland: das finstere Mittelalter

VON ARMI ROTH-BERNSTEIN-WIESNER

Wo war ich gelandet? Im finsteren Mittelalter!!
Ich hatte bereits von Finnland aus mich um einen Studienplatz in Stuttgart beworben. Als ich mich dort einschrieb, fragte der Rektor ganz erstaunt, warum ich denn noch studiere, ich hätte ja inzwischen geheiratet.

Bei den Wahlen im Herbst 1969 konnte ich zum ersten Mal wählen und habe alle Menschen, die bis dahin nie gewählt hatten, so lange bearbeitet, bis sie doch wählen gingen. Dass die SPD und die FDP die Große Koalition von Kiesinger ablösten, feierte ich begeistert.
Es dauerte bis 1977 bis das Partnerschaftsprinzip in der Ehe eingeführt wurde. Leider haben wir immer noch die Steuerklasse V für weniger verdienende PartnerInnen. Manche meinen sogar, sie wären verpflichtet diese zu haben. Es gibt also noch viel zu tun – heute noch.

ARMI ROTH-BERNSTEIN-WIESNER
AsF-Vorstand Göppingen

1972: Rentenpolitik? Schon mein ganzes Leben lang

VON ANDREA SCHIELE

1972 trat eine Rentenreform in Kraft. Sie ermöglichte es nicht erwerbstätigen Hausfrauen, freiwillig der Rentenversicherung beizutreten, die Beitragshöhe konnten sie selbst festlegen. Zudem konnten sie rückwirkend Beiträge für 1956 bis 1973 entrichten. Ich war nicht einmal vier Jahre alt. Und dennoch wurden genau diese Rentenreform und ihre Auswirkungen mein inhaltlicher Einstieg in die AsF. Wie kam's?

Als wir Mitte der 80er Jahre nach 1 ½ Jahren intensiver Diskussionen und heftigem Ringen um Formulierungen und Inhalte unseres Positionspapier eine Juso – AG in Donaueschingen gründeten, war aus mir eine engagierte Feministin geworden (eine mütterliche Freundin nannte mich liebevoll Suffragette). Ich zog dann nach Villingen-Schwenningen, dort gab es eine sehr aktive AsF und ich– klaro – war dabei. Ich war 23.

Die Genossinnen diskutierten damals die aktuelle Rentenreform von 1992. Diese ermöglichte es Frauen ihre Versicherungsbeiträge, die sie sich bei ihrer Heirat hatten auszahlen lassen, nachzuzahlen. Beide Reformen hatten das Ziel, für Frauen einen eigenständigen Rentenanspruch aufzubauen. Weshalb diskutierten die Genossinnen dann so intensiv? Viele Hausfrauen - Mütter – die finanziell in der Lage waren, hatten die Reform von 1972 genutzt um Rentenansprüche zu erwerben und in die Rentenversicherung einbezahlt. Nicht selten waren es eher kleinere Beiträge, der Blick war mehr darauf gerichtet die Anwartschaftszeiten zu erfüllen. Weniger auf die Beitragshöhe. Der Zusammenschluss

mit der DDR war auch mit einer Rentendiskussion verbunden – es wurde nun auch über Rentenhöhen diskutiert. Viele der Frauen nahmen erstmals wahr, wie gering ihre eigenen Rentenansprüche waren, gerade im Vergleich von Rentenansprüchen der Frauen aus der DDR-Zeit. Daher freuten sich viele 1992 die Möglichkeit zu bekommen, hier nochmals die realen Beiträge rückwirkend für diese Zeit aufstocken zu können. Und das Ganze ohne noch mal ganz tief in die Haushaltskasse greifen zu müssen. Zwei der Genossinnen, die das machen wollten, erlebten dann eine böse Überraschung: Die Zahlungen, die sie vor 1992 rückwirkend für die Jahre gemacht hatten, die sie sich bei der Heirat haben ausbezahlen lassen, wurden bei der neuen Reform nicht angerechnet. Sie konnten entweder den ausbezahlten Betrag oder nichts einbezahlen. Sie bezahlten somit einen Teil doppelt. Die Frauen fühlten sich „abgezockt". Ich weiß heute nicht mehr, ob es sich um eine fehlerhafte Auskunft der Rentenversicherung handelte und /oder ob das später korrigiert wurde.
Was hängen blieb: Die große Bedeutung einer eigenständigen Rente für Frauen. Die Wahrnehmung, wie schnell Frauen von Altersarmut bedroht sind - heute mehr denn je, da sie private Vorsorge häufig nicht finanzieren können und selten Zugang zu Betriebsrenten haben. Mein Einsatz für die Gewerkschaft. Ich will dazu beitragen, dass Armut gar nicht erst entsteht. Dass (Alters-) Armut inakzeptabel ist.

Und das alles wegen einer Rentenreform als ich ein Kind war.

ANDREA SCHIELE
Stellv. Landesvorsitzende der AsF Baden-Württemberg seit 2011

1972: Eine Frage des Respekts

VON DAGMAR HEILSBERG

Wir hatten gerade einen Kinderladen gegründet, weil unsere Kinder frei sein sollten von den Zwängen der Erziehung in den herkömmlichen Kindergärten. Wir veranstalteten einen Verkaufsmarkt im alten Rathaus, d.h. im ehemaligen Kellergewölbe. Es kamen und kauften und diskutierten mit uns viele Besucher.

Eine der Besucherinnen gab sich als Koordinatorin der Initiative „Ich habe abgetrieben“ zu erkennen und bat uns, die Liste zu unterschreiben. Wir diskutierten zwischen:„Warum sollten wir da unterschreiben? Wir haben alle kleine Kinder und nie abgetrieben! und: „Wenn wir da unterschreiben, machen wir ein politisches Statement. Wir sind für die Abschaffung des § 218 und solidarisieren uns mit allen Frauen, die in der Vergangenheit und Gegenwart abtreiben wollen oder müssen. Außerdem ist es gleichzeitig ein radikales Bekenntnis, weil wir uns persönlich einer Strafverfolgung aussetzen.“

Schließlich unterschrieben alle Kinderladen-Mütter.

Wir haben zumindest teilweise erkannt oder festgestellt, dass unsere eigenen, frauenpolitischen Ziele wie die emanzipatorischen Werte in der Erziehung unserer Kinder zu behandeln sind.
Ein wichtiger Gesichtspunkt ist und bleibt, dass das Private vom Öffentlichen nicht zu trennen ist Für uns hieß das: Wenn wir die Gesellschaft verändern wollen, müssen wir unser Verhalten überprüfen und überprüfen lassen und uns selbst ändern. Im privaten Bereich Flagge zu zeigen bedeutete in vielen Fällen, so auch in meinem, Kampf mit dem

Partner. Wenn der sich als „Schrank-Chauvi“ wegduckte, um einem Kampf aus dem Weg zu gehen, und es einem später dann umso schlimmer heimzahlte, war das unerträglich!

Ein harter Weg lag vor uns Frauen.
Als die AsF 1973 gegründet wurde, war ich ein Jahr Mitglied in der SPD und hatte die männerbestimmten Strukturen im Ortsverein hinlänglich „genossen“, die gönnerhafte Art, das unterschwellige Konkurrenzgerangel, die Diskriminierungen. Die Beiträge von Männern – so ignorant sie auch sein mochten – hatten mehr Gewicht als die Beiträge von Frauen. Ständig hatte ich das Gefühl, ich sei eine Schülerin, die sich großen Meistern unterlegen fühlen sollte. Außerhalb der SPD, bei den JUSOS, im Kinderladen, im Soziokulturellen Zentrum, war das anders, auch im AK „Schulpolitik“ meines Ortsvereins. Wenn da Frauen schwiegen oder die Drecksarbeit machten, war es ihr Ding und sie hatten Lust daran. Aber es wurde ihnen nicht zugeteilt. Deshalb machte ich da lieber mit, denn es bewegte sich etwas. Herta Däubler-Gmelin, die erste Vorsitzende der AsF, überzeugte. Ich begann, mich für die AsF zu engagieren und später in der AsF zu organisieren. Hertha überzeugte mich durch ihre Kompromisslosigkeit –auch sich selbst gegenüber. Sie war so klug, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Und weil sie es mit Verstand tat, zwang sie zum Respekt.

Und was konnte ihr damals schon passieren? Was konnte und kann uns Frauen schon passieren, wenn wir damals dasselbe taten und es heute immer noch tun?

DAGMAR HEILSBERG
von 1979 – 1989 AsF-Kreisvorsitzende im Rems-Murr-Kreis

1975: Eine sozialdemokratische Familientradition?

VON ANNA MARIA ELSTNER

Warum bin ich Mitglied der SPD geworden? Angehörige meiner Generation (ich bin Jahrgang 1934) höre ich immer wieder sagen, in der Schule hätten sie nie etwas über das Dritte Reich und seine Verbrechen gehört. Auf meiner Schule, der durchaus nicht elitären Dreilinden-Oberschule in Berlin-Wannsee, war das anders. Wir wussten, wenn auch nur in groben Zügen, was im „Dritten Reich“ geschehen war, und haben während meiner gesamten Schulzeit darüber diskutiert und uns Gedanken gemacht, „wie es dazu kommen konnte“ – im Unterricht und außerhalb des Unterrichts. Unsere Helden waren die Männer und Frauen des Widerstands gegen Hitler. Irgendwann wurde ein neues Fach eingeführt, mit dem nicht nur wir Schüler, sondern auch unsere Lehrer ihre Schwierigkeiten hatten: Gemeinschaftskunde.

Eins ist mir in Erinnerung geblieben: Unser damaliger Lehrer schärfte uns ein, man dürfe sich nicht vornehm zurückhalten wie das Bürgertum im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, sondern müsse sich einbringen, Verantwortung übernehmen und also auch in eine Partei eintreten. Seitdem wusste ich, dass ich das früher oder später tun würde. Allerdings habe ich mir Zeit gelassen.

Im Studium und in der Ausbildung habe ich mich überhaupt nicht um Politik gekümmert. In den großen Kontroversen der Nachkriegszeit, Westintegration, Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, später dem NATO-Doppelbeschluss, habe ich nicht eindeutig Stellung bezogen. Bei meiner ersten Bundestagswahl in Ulm habe ich Ludwig Erhard gewählt, den mein Vater als Architekten des „Wirtschaftswunders“ bewunderte. Damals

VON ANNA MARIA ELSTNER

wusste ich noch nicht, dass er in den Jahren der Weimarer Republik SPD gewählt hatte, ebenso wie mein Großvater, ein Mathematikprofessor. Eine meiner Tanten, promovierte Mathematikerin und Physikerin, war jedenfalls SPD-Mitglied; ihre Verehrung für Willy Brandt haben wir gelegentlich belächelt. Meiner Mutter hat sie ein Buch von G. B. Shaw geschenkt, das ich als Teenager gelesen habe und dessen deutscher Titel lautet „Wegweiser für die intelligente Frau zum Sozialismus und Kapitalismus“. (Ich besitze es noch.) Gab es also doch so etwas wie eine sozialdemokratische Familientradition?

Als ich selbst Geschichte und Gemeinschaftskunde unterrichtete, blieb die Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ ein beherrschendes Thema. Der Ostpolitik Willy Brandts konnte ich zustimmen; die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität mit den Schwachen in der Gesellschaft: das passte auch zu meiner christlichen Überzeugung. (Ich habe mich gewundert, dass in unserer Jubiläumsveranstaltung nur immer wieder von einem selbstbestimmten Leben, also von Freiheit, die Rede war.)

Dass ich am 14.Mai 1975 Mitglied unserer Partei geworden bin, verdanke ich (oder die Partei) meiner viel zu früh verstorbenen Freundin und Kollegin Waltraut Röhrl. Sie hat mich auf eine Maifeier des Ortsvereins Ulm mitgenommen, und ich merkte: das sind nette Leute - in diesen Verein trete ich ein.

ANNA MARIA ELSTNER
AsF-Vorstand Ulm

1977: Reform des BGB

VON EVELYNE GEBHARDT

Als ich 1975 von Paris nach Deutschland übersiedelte, kam mir eine Sache nicht deutsch, sondern äußerst spanisch vor: Die Rolle der Frau in der (deutschen) Gesellschaft.

Man stelle sich vor: Im Bürgerlichen Gesetzbuch war damals geregelt, dass die Frau den Haushalt in eigener Verantwortung führt. „Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist", war darin zu lesen. Demzufolge brauchte eine Ehefrau die Zustimmung ihres Ehemannes, wenn sie eine Erwerbsarbeit aufnehmen wollte. Diese Zustimmung musste sie ihrem Arbeitgeber bei der Einstellung dann schriftlich vorlegen.

Ich war damals verdutzt über das traditionelle Selbstverständnis vieler, auch jüngerer Frauen, mit denen ich sprach. Ich war verwirrt über Begriffe, wie Rabenmutter, einem Begriff, für den es im Französischen kein Äquivalent gibt und ich war entsetzt über die lächerlichen Argumente der Konservativen. Argumente, die sich im Übrigen bis heute kaum verändert haben. Damals war die Debatte um eine Reform des deutschen Ehe- und Familienrechts in vollem Gange. Ich lernte dabei mutige Frauen kennen, wie die damalige Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin, die sich vehement für eine Besserstellung der Frau einsetzten.

Als wichtige Schrittmacherin bei der BGB-Reform zeigte sich außerdem die Europäische Gemeinschaft, die etwa die Richtlinie 75/11//EWG über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts

für Männer und Frauen verabschiedet hatte. Eine Europäische Bestimmung, die so manchem männlichen Traditionalisten das Weltbild ganz erheblich erschütterte. Insbesondere, weil kurz darauf der Europäische Gerichtshof entschied, dass die Fluggesellschaft Sabena eine Flugbegleiterin diskriminiert hatte, weil sie ein geringeres Gehalt bezogen hatte als ihr männlicher Kollege. Mein Interesse an Europäischer Gesetzgebung war sofort geweckt.
1977 trat schließlich die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches in Kraft. Ganze sieben Jahre nachdem eine Sachverständigenkommission dem Bundestag Vorschläge zur Neuordnung des Ehe- und Familienrechts unterbreitet hatte.

EVELYNE GEBHARDT
MdEP, seit 1992 Stellv. AsF-Bundesvorsitzende

1982: Begegnung zweier Lebensrealitäten – Wechsel von der DDR in die BRD

VON ANNETTE SAWADE

Ich wurde am 23.April 1953 geboren. Die Mütter meiner Klassenkameradinnen und -kameraden waren teilweise berufstätig, es war aber kein Thema, ob das gut oder schlecht sei. Es wurde zumindest nicht als Problem empfunden.

Die erste Folge unseres „Nichtengagements“ für die DDR bekam ich nach dem Abitur zu spüren. Ich bekam keinen Studienplatz, trotz Abiturs mit Auszeichnung, mangels „politischer Reife“. Ich ging nach Berlin, arbeitete ein Jahr als Hilfstierpflegerin und begann 1972 mein Chemiestudium. Ein nicht naturwissenschaftliches Studium in der DDR war für mich keine Alternative. Diese Sparten waren allesamt hochideologisch und mit meiner politischen Meinung nicht vereinbar. Im Westen wäre ich wahrscheinlich Lehrerin geworden, im Osten undenkbar. In meinem Studiengang war die Verteilung der Geschlechter gleichmäßig, es gab auch keine Diskussionen zu diesem Thema. Meine Kolleginnen in dem Institut waren verheiratet, hatten Kinder oder bekamen gerade welche.

1982 kam mit der Ausreise in die Bundesrepublik ein totaler Neustart in Stuttgart. Mit zwei kleinen Kindern taten sich für mich erhebliche Schwierigkeiten auf, beruflich Fuß zu fassen. Kindergarten ja - von 8 bis 12 Uhr. Für mich bedeutete das zunächst Arbeitslosigkeit, dann die Weiterbildung zur IT-Fachfrau. Es fand sich eine Tagesmutter. 1984 beruflicher Neustart als Anfangsprogrammiererin mit entsprechend niedrigem Gehalt. Äußerungen wie „wieso muss die arbeiten“ und „Wir sind nicht im Osten“ als ich bemängelte, dass der Kindergarten wegen eines Betriebsausflugs geschlossen hatte, begegneten mir. Das musste ich erstmal kapieren:

die Selbstverständlichkeit als Frau mit hoher Qualifikation auch berufstätig sein zu wollen, gab es im Westen nicht - und im Südwesten schon gar nicht. Ostfrau hatte eigentlich das alles, was hier im Westen so schwierig war. Ausbildung, Kinderbetreuung, Familienplanung (kostenlose Pille und straffreier Abbruch). Meine finanzielle Unabhängigkeit empfinde ich nach wie vor als hohes Gut.
Ich habe mich dann mühsam wieder nach oben gearbeitet. Aber – für eine Beförderung in den höheren Dienst – keine Chance, Kollegen zogen an mir vorbei – kein Geld, keine Stelle und „Frauen werden komisch, wenn sie Führungsaufgaben übernehmen“, so ein Vorgesetzter.

Mein Fazit:

Je älter ich werde, um so stärker fallen mir Defizite in der Frauenpolitik auf. Vieles ist besser geworden, aber es gibt sie immer noch, die gläserne Decke:

- Nachfragen nach Verfügbarkeit als berufstätige Mutter, z.B. bei Einstellungsgesprächen –welcher Mann wird denn danach gefragt.
- die Aussage „die wurde komisch, als sie befördert wurde“,
- die oft selbstverständliche Annahme, dass Frauen in Teilzeit gehen und nicht der Partner.
- im politischen Alltagsgeschäft – auch in meiner Partei - sind die Netzwerke der politisch agierenden Männer wesentlich intensiver als bei uns Frauen.
- ganz zu schweigen vom „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“

ANNETTE SAWADE
MdB, AsF-Kreisvorsitzende
Schwäbisch Hall/Hohenlohe

1985: Durch die AsF zur SPD

VON RITA HALLER-HAID

Politisch interessiert und engagiert war ich bereits in meiner Schulzeit. Mit meinen Freunden gründete ich in meiner Kleinstadt einen politischen Arbeitskreis, aus dem später eine Juso-AG wurde. In die SPD eingetreten ist damals trotzdem keine(r) von uns, denn wir wollten vieles werden, nur keine biederen Sozialdemokraten. Wir wollten eine bessere Welt, eine andere Schule, keinen Numerus Clausus an den Unis, keine Nazis in politischen Ämtern und schon gar keinen Krieg in Vietnam. Wir kämpften für und um vieles, nur für eines nicht, für Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Das war für meine Freunde ebenso wenig Thema wie für meine Freundinnen und für mich am allerwenigsten. Denn ich war ja schon emanzipiert und die Welt stand mir offen. Über gelegentliche Bemerkungen meiner Mutter, Frauen müssten sich ihren Weg mühsamer erkämpfen, konnte ich nur müde lächeln, schließlich war meine Mutter aus einer anderen Zeit.

Einige Jahre später, nach Studium, Beruf und beruflicher Auszeit wegen Kinder, hatte sich die Welt verändert. Das Sein bestimmt das Bewusstsein und das Sein war plötzlich bestimmt von einer – wegen der Kinder - veränderten Rollenteilung in der Ehe, die ich so nicht akzeptieren wollte. Wie finde ich mit kleinen Kindern einen neuen Arbeitsplatz und wo bringe ich die Kinder unter? Und warum müssen sich diese Fragen nur Frauen stellen? Ungerecht fand ich das, was mich aber anspornte, erneut politisch aktiv zu werden. Ich machte mich deshalb erneut auf die Suche nach einer Gruppe, die die Welt ein wenig besser machen will - diesmal aber im Sinne der Frauen.

1985: Durch die AsF zur SPD

VON RITA HALLER-HAID

Damals, Mitte der 80er Jahre war in Tübingen frauenpolitisch so einiges vertreten und ich habe mir - bis auf die CDU-Frauen – alle Gruppierungen angesehen. Da gab es richtige „Radikale“, die Buchläden gründeten, die kein Mann betreten durfte, die aber von so trivialen Dingen wie Kinderbetreuung nichts wissen wollten. Da gab es grün-alternative Frauen, die damals noch ganz viel strickten, was nicht mein Ding war, und obendrein auch noch einen Mutterkult pflegten, der meinem Frauenbild gründlich zuwider lief. Also ging ich wieder einmal zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, bei der jede mitmachen durfte ohne SPD-Mitglied zu sein. Zu jener Zeit ging es bei der AsF natürlich um die Quote und um das künftig feministisch zu prägende Parteiprogramm, aber eben auch um die alltäglichen Dinge, die mich und viele andere umtrieben: Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wie wir die Frauen in die kommunalen Gremien bekommen, die diese Ziele dann umsetzen. Da wollte ich dann nicht nur mitarbeiten, sondern auch mitbestimmen und so bin ich nach einem Riesenumweg dank der AsF dann doch noch SPD-Mitglied geworden.
Und wenn ich heute auf junge Frauen treffe, die partout mit Frauenpolitik nichts am Hut haben, sage ich ihnen: Okay, wir arbeiten daran, dass Ihr auch in einigen Jahren keine AsF braucht. Deshalb, macht mit! Jetzt!

RITA HALLER-HAID
MdL, von 1999-2004 Stellv. AsF-Landesvorsitzende

1985: Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi

VON CLAUDIA SCHÖNING-KALENDER

Zum Abschluss der „UN-Dekade der Frau“ fand im Sommer 1985 die 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi statt. 1975, im Internationalen Jahr der Frau hatte die 1. Weltfrauenkonferenz in Mexiko City stattgefunden und einen Welt-Aktionsplan entwickelt, dessen Ergebnisse zum Abschluss der Dekade überprüft werden sollten.

Neben der offiziellen UN-Konferenz mit ca. 1.400 Delegierten aus 157 Nationen fand auch ein Treffen nichtstaatlicher Organisationen (NGO-Forum) statt, zu dem sich etwa 10.000 Frauen aus aller Welt auf dem Campus der Universität von Nairobi einfanden.

Ich war als Vertreterin des Deutschen Frauenrates bzw. dessen Mitgliedsorganisation IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen, heute: Verband Binationaler Familien und Partnerschaften) zum NGO Forum entsandt.

Bei der offiziellen Konferenz sollte eine „vorausblickende Strategie für das Jahr 2000“ entwickelt werden, enttäuschend für uns NGO-Vertreterinnen war jedoch der zeitraubende Streit um das Abstimmungsprozedere.

Auf dem Campus der Universität solidarisierten wir uns stattdessen mit den südafrikanischen Vertreterinnen des ANC, die für die bedingungslose Freilassung von Nelson Mandela kämpften, hörten im Friedenszelt die kämpferischen Parolen der schwarzamerikanischen Bürgerrechtlerin Angela Davis, lauschten unter der Zeder ungläubig Betty Friedan, die als eine der Gründerinnen der neuen amerikanischen Frauenbewegung nun die Rückkehr zur Familie predigte.

Wir wollten die Welt der Frauen schnell verbessern.

VON CLAUDIA SCHÖNING-KALENDER

Angesichts der schweren Konflikte in der Welt stellte sich das allerdings als schwierig heraus. Iranische und irakische Frauen bezichtigten sich gegenseitig als Kriegstreiber und zeigten grausige Bilder von getöteten Menschen und vor allem Kindern im irakisch-iranischen Krieg. Eine Kommunikation zwischen Frauen aus Israel und Palästina war fast unmöglich, abgesehen von wenigen mutigen Frauen, die diesen Schritt doch wagten.
Symptomatisch für die Schwierigkeit, sich über nationale Zugehörigkeit, Hautfarbe, sexuelle Orientierung hinweg zu verständigen, ist mir der Konflikt um das Thema Genitalverstümmelung in Erinnerung geblieben. Die ägyptische Ärztin Naval El Saadawi, Autorin des Buches „Tschador", war da und viele westlichen Vertreterinnen wollten, dass mit ihr und den afrikanischen Frauen gemeinsam eine Kampfbotschaft in die Welt hinaus geht gegen die Verstümmelung der weiblichen Genitalien. Aber ein großer Teil der Afrikanerinnen wehrte sich dagegen und auch Naval El Saadawi lehnte die „Einmischung" der westlichen Frauen in die Angelegenheit der Afrikanerinnen vehement ab. Für mich die größte Ernüchterung, aber auch die wichtigste Lehre, die ich von dieser Weltfrauenkonferenz mit nach Hause genommen habe.
Heute kämpfen wir, insbesondere auch die AsF, immer noch gegen Genitalverstümmelung. Aber wir konzentrieren uns in erster Linie darauf, dass sie in Deutschland verhindert und bestraft wird.

CLAUDIA SCHÖNING-KALENDER
AsF-Landesvorstand seit 2007
AsF-Bundesvorstand seit 2010

1988: Einführung der Quote bei der SPD

VON KATJA MAST

Die Einführung des Frauenwahlrechts und die verbindliche Geschlechterquote sind die größten gleichstellungspolitischen Errungenschaften der SPD. Am 30.8.1988 auf dem SPD-Parteitag in Münster beschlossen, war die 40%-Quote von Anfang an ein Förderinstrument für Vielfalt und Modernität. Ein notwendiges Hilfsinstrument, ohne das viel weniger Frauen in unserer Partei sichtbar und aktiv wären.

Als ich mit 19 Jahren bei den Jusos angefangen habe, dachte ich noch „was kostet die Welt - ich brauch keine Quote". Doch schnell wurde ich vom Gegenteil überzeugt. Heute, über 20 Jahre später, weiß ich: Ohne den Quotenbeschluss wäre ich nicht, wo ich heute bin. Und das gilt für viele Frauen in der SPD.

Ich bin häufig auf eine Kandidatur angesprochen worden, weil nach engagierten Frauen gesucht wurde, auch wegen der Quote. Insofern bin ich Quotenfrau, denn ohne Quote hätte es sicher genügend Gründe gegeben, mich nicht zu fragen. Quotenfrau ist für mich kein Schimpfwort, sondern die Einsicht, dass sich Rekrutierungsstrukturen von Personal nicht von allein ändern, sondern es dazu Regeln braucht. Für mich bedeutet Quote, dass ich im Amt immer wieder beweisen konnte, was ich kann. Klar ist, dass Menschen an ihren Aufgaben wachsen, das gilt für Männer und Frauen.

Mit der Quote gelingt es uns, die „gläserne Decke" zu durchbrechen. Noch heute ist es eine politische Herausforderung, dass Frauen bei Einzelpersonalentscheidungen gut repräsentiert sind. Mit Nachwuchsförderprogrammen, Mentoring-Angeboten und Listenreißverschlüssen begegnen wir

dieser in jüngster Vergangenheit auch in der SPD Baden-Württemberg. Doch auch vor der Wirtschaft darf unsere positive Quotenerfahrung nicht Halt machen. Unser Ziel: eine verbindliche Quote für Führungspositionen. Dies unterscheidet uns fundamental von konservativen Politikern, die nach wie vor auf freiwillige Vereinbarungen setzen.

Die Quote ist ein Chancengeber und Strukturveränderer. Ohne sie würde das Gesicht unserer Partei männlicher geprägt sein. Gut ist: immer mehr Wählerinnen und Wähler orientieren sich daran, ob eine Partei Geschlechtervielfalt abbildet.

Doch Frauen brauchen noch mehr Räume für den informellen Austausch. Wie bei der Veranstaltung „Rote Frauen, schwarzer Kaffee“ des Fritz-Erler-Forums in Baden-Württemberg, wo beim politischen Kaffeeklatsch frauenspezifische Karrierewege unter die Lupe genommen werden.

Ich bin unseren Vorkämpfern – vor allem Inge Wettig-Danielmeier, Herta Däubler-Gmelin und unserem damaligen Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel - dafür dankbar, dass sie die Quote in der SPD durchgekämpft haben. Wer die Welt gerechter machen will, muss bei sich selbst damit anfangen. Das hat die SPD mit dem Quotenbeschluss von 1988 getan. Und das tut sie immer wieder aufs Neue. Ich bin stolz, diese Tradition gemeinsam mit vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der SPD fortzuführen. Wir wollen die Hälfte der Macht, der Töpfe und des Himmels – nicht mehr und nicht weniger.

KATJA MAST
MdB, Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg

1989: Feminismus versus Gleichberechtigung

VON CLAUDIA SÜNDER

Eine Episode: Ein Seminarraum am OSI der FU Berlin im Februar 1990. Der Raum ist überfüllt mit Studierenden in abenteuerlicher Haartracht und ebensolcher Kleidung, 3 Hunde, 2 Babys. Es ist heiß und Sauerstoff wird knapp. Darunter eine 19jährige mit DDR-Sozialisation aus einem Dorf in Mecklenburg-Vorpommern, vor kurzem nach Berlin gezogen, noch im Taumel der Maueröffnung und im Nachdenken über Vereinigung und „Wieder"vereinigung. Unauffällig und so gar nicht bunt und abenteuerlich – das war ich damals. Das Seminar hieß „Politische Ökonomie der Hausarbeit" und ich fragte mich: Worüber, zum Teufel, reden die hier eigentlich? Wenn sie keine Lust auf Hausarbeit haben – dann sollen sie es doch sein lassen. Wenn sie lieber arbeiten gehen wollen, warum tun sie es dann nicht? Und dann noch diese Wortklauberei: diese konstruiert-künstlichen –in Endungen....

Melanie Stitz schreibt für die Bundeszentrale für politische Bildung Folgendes: „Die Auseinandersetzung mit geschlechtergerechter Sprache traf bei Frauen aus der DDR eher auf Unverständnis. Frauen, die gelernt hatten, selbstverständlich zu sagen: „Ich bin Ingenieur", sahen keinen Nutzen darin, sich Ingenieurin zu nennen, und das Unbewusste der Kultur interessierte sie weniger als politische Teilhabe. Die Formel für diesen Konflikt war ‚Feminismus versus Gleichberechtigung'."

Zwei Welten trafen aufeinander, zwei Schwestern trafen sich, die weit voneinander getrennt aufgewachsen sind. Impulse aus der US-Frauenbewegung im Westen trafen auf sozialistische Traditionen mit Vorbildern wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Simone de Beauvoir und Kate Millet

im feministischen Diskurs des Westens trafen auf den fiktionalen Feminismus von Christa Wolf oder Maxi Wander. Ostdeutsche Frauen sagten mit selbstverständlicher Überzeugung von sich, dass sie sich als gleichberechtigt ansähen, sogar trotz tendenziell traditioneller Aufteilung der Hausarbeit. Doch schon hier wird deutlich, wie viel Potential in den zwei Schwestern und ihrer Familienzusammenführung schlummert. Beide haben voneinander gelernt und sich aufeinander zubewegt. Gemeinsam und hin und wieder im streitbaren Diskurs. Die Frauenbewegung schuf sich Strukturen, manchmal zu Lasten der Innovations- und Aktionskraft. Aber sie erstritt stetig Erfolge, kleine und größere. Im Kampf um gerechte Teilhabe engagieren sich die Schwestern in unzähligen Politikfeldern, führen Quotendiskussionen, fordern ihre Rechte, machen aufmerksam und werden laut – und sind noch lange nicht am Ziel. Gleichberechtigung braucht Feminismus und umgekehrt. „Feminismus ist sowohl ein intellektuelles Bekenntnis als auch eine politische Bewegung und tritt für Gleichberechtigung, Menschenwürde und Selbstbestimmung von Frauen ein sowie für das Ende aller Formen von Sexismus“, das weiß als niedrigschwellige Definition Wikipedia… Deshalb: lasst uns mit Stolz Feministinnen sein und unermüdlich für Gleichberechtigung kämpfen. Es gibt noch unendlich viel zu tun.

CLAUDIA SÜNDER
AsF-Landesvorsitzende von 2009 bis 2011

1989: Was haben wir erreicht?

VON WILMA RÖMER

23 Jahre nach meinem Rücktritt vom AsF-Landesvorsitz denke ich nach über meine aktive Zeit bei der AsF. Was hat uns seinerzeit beschäftigt, umgetrieben und was ist aus all diesen Themen geworden?

Es war die Zeit des Kanzlers Helmut Kohl – insbesondere für uns Frauen keine gute Zeit. Wir kämpften gegen ein rückwärts gewandtes Frauen- und Gesellschaftsbild.

Besonders markant war dies zu erkennen an der gesamtgesellschaftlichen Diskussion über die Reform des § 218 StGB.
Bei der Landesfrauenkonferenz 1989 in Böblingen rangen wir um eine Position, die den betroffenen Frauen gerecht werden, aber auch anderen Organisationen wie z.B. dem Landesfrauenrat die Option offen halten sollte, sich unserer Position anzuschließen.

Parteiintern tobte eine heiße Auseinandersetzung um die Aufnahme der Quote in die Satzung. Alle Selbstverpflichtungen und Appelle führten nicht zum gerechten Ergebnis.

Gewalt gegen Frauen und Kinder, sexueller Missbrauch – lange Zeit Tabu-Themen – wir haben sie aufgegriffen und nach Hilfsmöglichkeiten nicht nur gesucht, sondern auch vieles umgesetzt.

Eine sehr kontrovers geführte Diskussion war die Forderung bzw. Ablehnung von Frauen bei der Bundeswehr. Wir waren mehrheitlich der Meinung,

dass die Gleichstellung nicht ausgerechnet beim Militär realisiert werden muss.

Ein für die meisten von uns neues Themenfeld war die Beschäftigung mit der Gen- und Bio-Technologie. Wir verdanken es unserem seinerzeitigen AsF-Landesvorstandsmitglied Evelyne Gebhardt, dass wir uns seinerzeit sehr intensiv mit den gesellschaftlichen – ethischen Fragen dieses neuen und sich rasch entwickelnden wissenschaftlichen Fachbereiches beschäftigten.

Fünf Politikfelder, die mir besonders stark verhaftet geblieben sind. Was ist daraus geworden – wie stehen wir heute damit da?

§ 218 – Ich denke, bei allen Konzessionen, die wir machen mussten: Mit der derzeitigen Regelung können (und müssen) wir leben.

Die Quote: Dass ich Jahrzehnte nach ihrer Festschreibung in unserer Satzung immer noch in Situationen gerate, auf ihre Einhaltung hinweisen zu müssen, frustriert mich und bestätigt leider, wie notwendig und wichtig sie nach wie vor ist.

Gewalt gegen Frauen: Ein echter Fortschritt wurde erzielt durch das Gewaltschutzgesetz der seinerzeitigen rot-grünen Bundesregierung. Zufrieden sein können wir jedoch nicht, so lange Frauen- und Kinderschutz-Häuser über Tagessätze finanziert werden müssen. Es gibt wesentlich fortschrittlichere Modelle, die bundeseinheitlich finanziert werden müssten.

Frauen in der Bundeswehr sind heute Alltag und kaum noch Anlass für Diskussionen, außer bei öffentlich werdenden Diskriminierungen oder Übergriffen.

Die Gen- und Bio-Technologie ist einerseits zu einem „normalen“ Bestandteil der wissenschaftlichen Arbeit und Forschung geworden, andererseits dringt sie bei Lebensmittel-Skandalen ins Blickfeld der Öffentlichkeit oder bei der Debatte ethisch-moralischer Fragen vor Gesetzesentscheidungen.

Und selbstredend denke ich auch an die vielen Genossinnen aus jener Zeit, mit denen mich so viel verband, unabhängig von unseren Positionen und Auseinandersetzungen. Einige haben wichtige politische Mandate und Positionen errungen, worüber ich mich freute.
Viele von ihnen waren mir freundschaftlich verbunden - einige sind es noch heute – ich möchte sie nicht missen! Einige muss ich leider missen, da sie uns vorausgegangen sind.

WILMA RÖMER
AsF-Landesvorsitzende
von 1987 bis 1990

1989: Politisches Handeln trifft auf Frau

VON CAROLINE VERMEULEN

Eine der politischen Veränderungen, die von mir unmittelbar wahrgenommen wurde, war sicherlich die Wiedervereinigung Deutschlands.
Die Berichte der Medien über die Öffnung der Grenzen hat mich sehr berührt und kurze Zeit später war die Turnhalle in unserem 500 Seelen-Dorf gefüllt mit Menschen, die über die Grenzen Ungarns oder später direkt aus der DDR in die BRD eingereist waren. Ich habe Kontakt mit Gleichaltrigen gesucht, um etwas über ihre Geschichte und über ihre Zukunftswünsche zu erfahren. Die damalige Aufbruchstimmung und der Neuanfang im persönlichen Leben vieler Menschen und im Staatsgefüge Deutschlands haben mich fasziniert. Überrascht hat mich, dass die „rückständige" DDR, in der es keine Bananen gab, umfassende Kinderbetreuung für die meist berufstätigen Mütter auf die Beine stellen konnte. Als alleinerziehende und berufstätige Mutter war ich in der „fortschrittlichen" BRD auf die bereitwillige Hilfe meiner Eltern angewiesen, jedoch hatte ja nicht jede Frau das Glück.
In den Jahren danach, wendete sich das eine zum Besseren und das andere zum Schlechteren.
Es gibt jetzt in Deutschland Bananen und Kinderbetreuung, jedoch hat sich das Klima im Land durch die fortschreitende Globalisierung verändert. Die Auswirkungen sind überdeutlich zu spüren, wenn man in einem Industrieunternehmen arbeitet, dessen Produkte in direkter Konkurrenz zu chinesischer Massenware stehen. In dieser Situation geht es darum, immer besser, schneller und flexibler zu werden...und keiner weiß wo dieser Zug einmal hinführen soll. Denn auf allen Seiten sind die Arbeitnehmer die Verlierer.

CAROLINE VERMEULEN
AsF-Vorstand Hohenlohe

1990: Als die Macht der Frauen eine Grenze öffnete

VON EVELYNE GEBHARDT

Es war im Frühjahr 1990; eine aufregende Zeit mit dem einzigartigen Zauber der damaligen Aufbruchstimmung. Ich war von der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem Seminar nach Merseburg eingeladen und wollte dann weiter nach Berlin (Ost). Der Anlass war historisch - die Vereinigung der AsF-Ost und West.

Ich besaß lediglich einen französischen Pass und benötigte deshalb ein Einreisevisum für ausländische Staatsangehörige. Mehrfach rief ich bei der Vertretung der DDR in Bonn an, ohne jemand zu erreichen. Sollte ich auf die Reise verzichten? Niemals! Also flog ich ohne Visum nach Leipzig. Bei der Passkontrolle hieß es: "Sie können nicht einreisen." Meine Antwort: „Ich bin aber da." Nach zähen Verhandlungen einigten wir uns schließlich auf eine quittungslose Gebühr von 10 Mark, "aber West, bitte" und die Einreiseerlaubnis unter der strengen Auflage mich umgehend bei der zuständigen Polizeibehörde zu melden. Einer Auflage, der ich als waschechte Französin natürlich nicht nachkam. Schließlich wollte ich nach Merseburg und hatte mittlerweile erheblich Verspätung. Mein Magen knurrte mittlerweile gehörig. Ins Restaurant zu gehen blieb aber keine Zeit und im Hotel war kein Essen im Angebot. Ute Fischer öffnete ihre Handtasche, lachte und sagte in ihrem sachsen-anhaltinischen Akzent: „Ich hätte nie gedacht, dass ich eines Tages einer Wessi eine Banane schenken würde."

Wir fuhren dann nach Berlin(Ost), um im französischen Dom die Vereinigungsfeier im würdigen

VON EVELYNE GEBHARDT

Rahmen zu feiern. Wir Frauen waren mächtig stolz, waren wir doch tatsächlich die Allerersten, die eine offizielle Vereinigung der Organisation im Westen und Osten vollzogen.

Wir Genossinnen aus dem Westen, eine tolle Gemeinschaft um Inge Wettig-Danielmeier, Karin Juncker oder Anastasia Reiners-Logothetidou, brachen zum Check-Point Charlie auf. Im Angesicht der schwerbewaffneten Grenzsoldaten wurde mir ein bisschen mulmig zumute. Nicht nur, dass ich keine Meldebescheinigung der Leipziger Polizei vorzuweisen hatte, ich hätte nach den damals geltenden Vorschriften über den Grenzverkehr auch am selben Grenzübergang ausreisen müssen, an dem ich zuvor eingereist war - und der lag 200 km entfernt. Meine Sorgenfalten vergrößerten sich noch, als ich sah, dass die Grenzkontrolle in einen Übergang für Deutsche und für andere Staatsangehörige unterteilt war. Ich sah mich bereits allein und von den Genossinnen abgeschnitten. Also beichtete ich ihnen von meinen Schwierigkeiten.

„Du bleibst natürlich bei uns. Mach dir mal keine Sorgen“, meinte Anastasia entschieden. „Wir gehen nicht ohne dich nach drüben.“

Also nahmen meine Frauen mich in ihre Mitte und ließen mich, allen Versuchen der Grenzbeamten zum Trotz, keine Sekunde allein. Ein herrliches Gefühl. Es mochte vielleicht eine halbe Stunde gedauert haben, dann kapitulierte auch der letzte Grenzer vor unserer fraulichen Beharrlichkeit und winkte mich mit einem resignierten Schulterzucken durch. Danke an diese schöne Solidarität unter Frauen!

EVELYNE GEBHARDT
MdEP, seit 1992 Stellv. AsF-Bundesvorsitzende

1990: Meine ganz persönlichen AsF-Jahre

VON CHRISTA ROLLWAGEN

Wann bin ich zur AsF gekommen? Mit 45!
Warum so spät? - Und wie? – bitte weiterlesen!
1945 geboren, geprägt von starken Frauen mit dem Kernsatz: „Mädchen steh‘ auf eigenen Füßen“! Ja, das begann dann mit 21! Und mit einem Ehemann -auf Augenhöhe, gleichberechtigt sowie 2 gemeinsamen Söhnen (1968, 1973 geb.) Und der Erkenntnis: Alles ist politisch! 70er-80er-Jahre - Kleinstadt Ettlingen - konservatives Baden-Württemberg - beide berufstätig - keine Kinderbetreuung - doch: Halbtagskindergärten ab 4 J. - keine Ganztagsschulen, keine Hilfe (außer Kindergeld und Steuerfreibeträgen!). Ich wurde als Rabenmutter beschimpft! Trotzdem wichtig unser ehrenamtliches Engagement bei Gewerkschaften, Elternbeiräten etc. Ich nebenbei Abi, studiert … die Söhne studierten – Ende der Familienphase.

Da kam die AsF: Mehrere 1-wöchige AsF-Seminare der FES-Stiftung in Freudenstadt. Ettlinger-, Kreis- und Landesvorstandsfrauen erkannten: „Christa, Du bist die Richtige für uns! Mach mit!“ Und ich startete mein nebenberufliches AsF-/SPD-Leben!
AsF-Kreisvorsitzende, stv. Landesvorsitzende, Beisitzerin Bundesvorstand, Mitglied im Deutschen Frauenrat, SPD-Gremien, wie OV/Stadtverband, Kreisvorstand, als Delegierte etc. Das volle Programm! Kein leichter Weg; Doch: Mein Mann hat mir den Rücken freigehalten, immer!

Die frauenpolitischen Themen waren da – Problemlösungen gefragt. Gute gemeinsame politische Arbeit begann! Z.B. mit landkreisweiten AsF-Großveranstaltungen auf Marktplätzen, in Sälen;

VON CHRISTA ROLLWAGEN

mit 3-tägigen Infobörsen, AsF-Seminaren vor Ort. Gemeinsam mit anderen Frauen konnte ich Basisarbeit zur Landes- und Bundesebene weitertragen und abrunden.
Frauenvielfalt über Parteigrenzen hinweg:. Gemeinsam mit Gewerkschafterinnen, Frauenverbänden, Frauenbeauftragten, kirchlichen Frauen, Netzwerkerinnen (Bsp. AFKL (AG der Frauenverbände Landkreis Karlsruhe), beim Landfrauenverband. Wir waren in einigen Vorständen vertreten und konnten bspw. Tagesmütter-Vereine mitbegründen.

Das AsF-Mentoring-Programm „bescherte“ mir/uns meine Nachfolgerin Anette Sorg –heute AsF-Landesvorsitzende – 2004 konnte ich vieles an sie weitergeben – 2006 musste ich „aus privaten Gründen ganz loslassen“. Bei der AsF sehe ich viele junge gut ausgebildete Frauen, die mit neuen Medien und auf andere Art als wir Politik machen! Die SPD ist weiblicher, moderner geworden.

Also: Brauchen wir die AsF noch? Welche Frage! Sie abschaffen!
NEIN – Hände weg . Die 150jährige SPD würde wichtige Teile ihrer Basis verlieren!

Meine 15 Jahre AsF sind mit die wichtigsten Jahre meines Lebens! Ereignisreich, lehrreich, arbeitsintensiv, kämpferisch, gemeinschaftlich, fröhlich – schön!! Es menschelte, war nicht immer einfach. Trotzdem gelungen - D A N K E an alle!

CHRISTA ROLLWAGEN
AsF-Kreisvorsitzende
Karlsruhe-Land
von 1995 bis 2002

1992: Mütter 1. Klasse und 2. Klasse

VON ANETTE SORG

1981, nach dem Abitur, hatte ich meine Ausbildung bei der Rentenversicherung begonnen. Gleich 1986 erlebte ich dort eine große Reform. Erstmals wurden familienpolitische Komponenten in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) aufgenommen. Unter anderem wurde die Kindererziehungszeit (KEZ) eingeführt, die ein Jahr Beitragszeit pro Kind im Rentenkonto einbrachte. Das Rentenreformgesetz 1992 (RRG) verlängerte dann die Anrechnung von KEZ auf 3 Jahre für Geburten ab 1992, nicht aber für Geburten vor 1992. Ursächlich für diese Entscheidung war die fehlende Geburtenfreudigkeit, nicht der Wunsch nach rentenrechtlicher Besserstellung von Müttern. Auch die Belastung der Renten- und Staatskasse durch die Wiedervereinigung war sicherlich mit ausschlaggebend für diese Zwei-Klassen-Entscheidung. Ich empfand das als eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und wunderte mich sehr, dass ein solches Gesetz unwidersprochen verabschiedet werden konnte. Zunächst sah ich eine Herausforderung für künftige Gesetzgebungen und für das Bundesverfassungsgericht. Später dann, als mein politisches Engagement begann, war mir schnell klar, dass dieses Thema auf meiner persönlichen Agenda stehen muss. Heute, mehr als 20 Jahre nach dem RRG von 1992 gibt es diese Ungerechtigkeit noch immer. Verschiedene Klagen von Betroffenen, viele Verlautbarungen von Verbänden und viele geschriebene Parteitagsanträge später, sind wir nicht weiter gekommen. Die Tendenz der politischen Entscheidungsträger, die schwierige Kassenlage des Staates und der Rentenversicherung als Totschlagargument zu nutzen, hat leider stark zugenommen.

1992: Mütter 1. Klasse und 2. Klasse

VON ANETTE SORG

Mir fällt hierzu ein passendes Zitat ein: “wer etwas möchte, findet Wege, wer etwas nicht möchte, findet Gründe”.
Dass ich zur Überzeugungstäterin geworden bin, hat nur wenig damit zu tun, dass meine beiden Kinder 1988 und 1991 geboren sind, sondern viel mehr mit dem Lebenslauf meiner Mutter, die stellvertretend für viele Frauen ihrer Generation steht. Sie kam als 17-jährige Spätaussiedlerin in den Westen, hatte keine Omas in der Nähe, bekam kein Kindergeld und keinen Kindergartenplatz. Das bedeutete: keinen Job, der sich mit der Kindererziehung vereinbaren ließ, folglich keine erwerbbaren Rentenansprüche bis ihre beiden Töchter selbständiger wurden. Die Kinder der „späteren“ Mütter sind uns drei Mal soviel wert im Solidarsystem der gesetzlichen Rentenversicherung. Darüber hinaus treffen diese Kinder auf eine weit bessere Betreuungsinfrastruktur –bis hin zu einem Rechtsanspruch seit 1.8.2013. Das schreit noch immer nach Veränderung, nach mehr monetärer Wertschätzung für die übernommenen Erziehungsleistungen von Müttern mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden. Deshalb werde ich weiterhin versuchen, meine Partei und viele andere davon zu überzeugen, dass diese Gerechtigkeitslücke schnell geschlossen werden MUSS!

ANETTE SORG
AsF-Landesvorsitzende
seit 2011

1992: DGB-Kampagne „Frau geht vor“

VON RUTH WECKENMANN

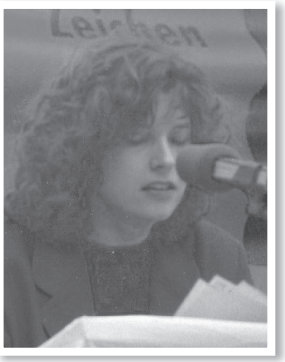
Seit Beginn meiner ehrenamtlichen, später hauptamtlichen Arbeit in den Gewerkschaften standen für mich Friedenspolitik, Tarifpolitik, Streikrecht und Mitbestimmung im Mittelpunkt- ungleiche Bezahlung, Doppelbelastung durch Beruf und Familie, Abwertung von Frauenberufen, fehlende Repräsentanz in Gremien schaffte es aber nicht auf die Top der Gewerkschaftsagenda. Lebt(e) gar die theoretische Festlegung von Marx/ Engels der Unterdrückung der Frau als Nebenwiderspruch - Der Hauptwiderspruch ist das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital-, noch?

Bestärkt durch eine starke außerparlamentarische Frauenbewegung waren auch die Gewerkschaftsfrauen nicht mehr bereit das hinzunehmen, legendär die Bundesfrauenkonferenz der IG Metall 1987. Franz Steinkühler als Vorsitzender der IG Metall wollte keine Frauenquote in den Gremien. Die Metallerinnen hielten ihm entgegen: „Unverbindliche Versprechen sind so wirksam wie Seifenblasen“ und sie haben die Konferenz mit einem Meer von Seifenblasen überzogen. Dies hat er nie verziehen, aber die Quote wurde eingeführt.

In Folge der Wiedervereinigung fand ein massiver Rückschlag statt, eine „Repatriarchalisierung“ zu Lasten der Frauen. Nahezu unwidersprochen forderte der Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf, zur Lösung der Massenarbeitslosigkeit die hohe Frauenerwerbsquote der neuen Bundesländer an die niedrigere Erwerbsquote der alten Bundesländer anzupassen. In dieser Zeit beschloss 1992 der DGB–Bundesvorstand seine Frauenoffen-

sive „Frau geht vor“. Damit sollte in den folgenden zwei Jahren die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Politik rücken - und zwar auf allen Ebenen. „Die Gleichstellung der Frau in allen Lebensbereichen ist nur durch ein neues partnerschaftliches Rollenverständnis und der Beseitigung diskriminierender Strukturen zu erreichen“, hieß es im Beschluss. Hinter diesem Beschluss lagen harte Auseinandersetzungen, es gab DGB-Kreisverbände, die dieses Logo und Plakat nicht nutzen wollten und selbst einige Gewerkschaftsfrauen waren sich unsicher, ob das nicht anmaßend ist. Für uns, die wir für diesen Beschluss gekämpft hatten, bedeutete das auch neue Wege zu beschreiten. Nie wieder habe ich eine so erbitterte Auseinandersetzung um eine Kampagne erlebt. Es wurde deutlich, dass auch innerhalb der Gewerkschaften nicht kampflos auf Macht und Einfluss verzichtet wurde und dass traditionelle Rollenbilder bei haupt- und ehrenamtlichen Vertretern sehr verbreitet waren.

Aus dieser Zeit resultiert meine Grundüberzeugung, dass jeder Mensch, „auch Frauen“, die Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit haben muss, dass die Rahmenbedingungen dafür politisch geschaffen werden müssen. Dies setzt zwingend die paritätische Repräsentanz von Frauen auf allen Entscheidungsebenen voraus. Gesetzlich legitimierte finanzielle Abhängigkeiten wie die Bedarfsgemeinschaft im SGB II werden immer zu Lasten von Frauen gehen, und es erstaunt mich, dass wir Frauen auch in der SPD, einschließlich mir selbst so geduldig bleiben.



RUTH WECKENMANN
DGB-Landesbezirk BaWü von 1987 bis 1998, zuletzt stv. DGB-Landesvorsitzende

1992: Kampf um Kinderbetreuung während der großen Koalition in Baden-Württemberg

VON URSULA WERTHEIM-SCHÄFER

Nachdem ich von Mannheim nach Plankstadt gezogen, geheiratet und mir die Parteienlandschaft angeschaut hatte, trat ich 1981 in meinem Bedürfnis Politik zu machen, der SPD bei. Schwerpunkte waren Orts/Umweltpolitik z.B. Müllentsorgung. Nach der Geburt meiner Kinder verlagerte sich mein Augenmerk auf die schwierige Situation der Kindertagesstätten. Mütter fanden keinen notwendigen Kita-Platz um weiter berufstätig zu sein. Das Leistungsangebot orientierte sich nicht organisatorisch an den familiären Bedürfnissen, obwohl dies im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert war. Ich begann mich in meiner Funktion als Elternbeirätin mit den entsprechenden Paragraphen auseinander zu setzen. Gemeinsam mit Elternbeiräten zuerst in Plankstadt, dann im Rhein-Neckar-Kreis und der GEW organisierten wir im Februar 1992 die Podiumsdiskussion „Es ist Kindergarten, aber es gibt keine Erzieherin- Utopie oder bereits Gegenwart?“. Aus dieser Arbeit entstand der Kreiselternrat für Kindertagesstätten Rhein-Neckar, dessen stellvertretenden Vorsitz ich übernahm. Es kam zur großen Koalition in Baden-Württemberg, die umgehend die Richtlinien zur Erleichterung der kommunalen Verwaltung aussetzte. Niemand unserer eigenen GenossenInnen glaubte, dass die Kindergartenrichtlinien davon betroffen seien. Kurzfristig bescherte mir dies heftigste Auseinandersetzungen mit unserem örtlichen inzwischen verstorbenen Landtagsabgeordneten Karl-Peter Wettstein. Ein grinsender Ministerpräsident Erwin Teufel setzte ihn in Kenntnis, dass dies wohl doch zutraf. Karl-Peter entschuldigte sich umgehend. Bald darauf wurde ich zur Kandidatur

als Stellvertreterin bei der Gründung Landeselternrates für Kindertagesstätten e.V. aufgefordert. Nun konnten wir unsere Proteste landesweit umsetzen und koordinieren. Während wir erweiterte Öffnungszeiten in Kindergärten, Kernzeitbetreuung an Grundschulen und ein Modell Hort an der Schule forderten, organisierten wir landesweit Protestveranstaltungen. Wir gingen auf Podien und stellten uns BürgermeisterInnen und MinisterialbeamtInnen, nahmen an Radiosendungen teil, gingen zum Städtetag, sprachen bei der Ministerin Brigitte Unger-Soyka vor, waren Gäste bei der Enquete Kommission für Kinder und berieten Elternbeiräte. Ein Protestschreiben aus Sicht des Kindes verteilten wir für unsere Unterschriftenaktion. Dabei waren wir über Parteigrenzen hinaus aktiv. Wir sendeten die Protestunterschriften via Fax an die Ministerien. Dies schränkte die Ministerien wegen der Fülle der Faxe in ihrer Arbeit ein. Die gesammelten Listen mit 26.000 Unterschriften aus ganz Baden-Württemberg überreichten wir im Sommer 1992 dem Landtagspräsidenten. Meine Kinder sind zwischenzeitlich erwachsen. Ich arbeite als pädagogische Mitarbeiterin an der Ganztagsschule der Freien Waldorfschule Frankenthal.

URSULA WERTHEIM-SCHÄFER
Vorsitzende der AsF Rhein-Neckar

1993: Schwestern zur Sonne zur Gleichheit

VON ELFRIEDE BEHNKE

Lang ist es her – aber immer noch so aktuell wie vor fast dreißig Jahren: Auf der Bundeskonferenz der AsF 1985 in Hannover wird von den SPD-Frauen die paritätische Besetzung aller Funktionen und Mandate der SPD und eine 40%-Mindestabsicherung für Frauen und Männer verlangt.

Ein Jahr später stimmt der SPD-Bundesparteitag in Nürnberg der Mindestabsicherung im Grundsatz zu und erteilt den Auftrag zu einem Satzungsvorschlag.

Viele Themen, die heute noch immer in der politischen Diskussion stehen, wurden damals von den SPD-Frauen angestoßen. So war die Zukunft der Arbeit, das anders Leben, anders Arbeiten die zentrale Frage zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Unsere Fachfrau damals wie heute ist Evelyne Gebhardt, die schon vor Jahrzehnten die schwierigen Themen der Gentechnik, der In Vitro-Fertilisation, der Reform des § 218 StGB aus der Spezialistenecke herausholte und in die allgemeine politische demokratische Auseinandersetzung einbrachte. Andere Themen, die die SPD-Frauen damals problematisierten waren die Volksbefragung, die Gewalt gegen Frauen. Hierzu wurde ein Info-Blatt erstellt. Auch die Änderung des Asylrechts, die Einführung des sogenannten Lauschangriffes und das Pro und Contra des NATO-Doppelbeschlusses sowie der Quotenbeschluss und dessen Umsetzen waren Inhalte, mit denen sich die SPD-Frauen kompetent und richtungsweisend beschäftigten.

Beim Landesparteitag in Bräunlingen 1993 legte der AsF-Landesvorstand einen Antrag zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl – Umsetzung der 40 % Quote für Frauen, Platz 5 für Her-

maphroditen (=intersexuelle Menschen) vor. Dieser Antrag wurde vom Landesparteitag beschlossen. Außerdem legte die AsF einen Antrag zur Änderung des Landtagswahlrechts vor, der in überparteilichen Gesprächen erarbeitet worden waren. Ziel war mittels der kleinen Landesliste mehr Frauen in den Landtag zu wählen.
Einige der Themen wie zum Beispiel die Umsetzung des Quotenbeschlusses sowie die Schaffung von rechtlichen Grundlagen im Wahlgesetz sind auch heute noch nicht abgeschlossen, sind nach wie vor Thema der AsF. Die Änderung der Wahlgesetze, insbesondere des Kommunalwahlrechts in Baden-Württemberg stellt eine echte Herausforderung für den Gesetzgeber dar.

ELFRIEDE BEHNKE
AsF-Landesvorsitzende von 1991 bis 1997

1993: Wahl der ersten Ministerpräsidentin Heide Simonis

VON HELEN HEBERER

Herzlichen Glückwunsch zu 40 Jahren sozialdemokratischer Frauenpolitik in Baden-Württemberg, liebe AsF!

Unser Jubiläum ist ein schöner Anlass, um auf die letzten 40 Jahre zurückzublicken und sich manches noch einmal zu vergegenwärtigen.
In diesem Zusammenhang ist mir die Wahl von Heide Simonis zur Ministerpräsidentin am 19. Mai 1993 in besonderer Erinnerung geblieben. Als erste Ministerpräsidentin eines Bundeslandes in der Geschichte der Bundesrepublik hat sie erreicht, was bisher keiner Frau gelungen war. Die Wahl einer Frau war aus meiner Sicht längst überfällig und doch kam sie überraschend, auch für Heide Simonis selbst. Sie äußerte sich dazu damals mit dem ihr eigenen Humor: „Manche hielten es für einen Betriebsunfall. Ich selbst fühlte mich wie von einem Dampfer nachts in die kalte Ostsee geschmissen. "Tschüss" sagte der Dampfer - und plötzlich war ich Ministerpräsidentin".

Ein Ereignis, das für die Repräsentanz von Frauen in politischen Führungsämtern bedeutsam war und auch für die AsF ein Grund zur Freude. Gleichzeitig musste es nachdenklich stimmen. Immerhin waren 48 Jahre seit dem zweiten Weltkrieg ins Land gegangen bis endlich eine Frau an die Spitze eines Bundeslandes gewählt wurde. Und auch heute, 20 Jahre nach der Wahl von Heide Simonis, ist es kaum zu glauben, dass Hannelore Kraft erst die zweite Sozialdemokratin ist, die es in der Reihe ihrer männlichen Kollegen bis an die Spitze geschafft hat.

VON HELEN HEBERER

Aber nicht nur die neue Ministerpräsidentin war beeindruckend, auch die politische Karriere, die ihr vorausging, hat mich fasziniert. Schon als Finanzministerin hatte sich Heide Simonis, als Volkswirtin und Soziologin einen hervorragenden Ruf erarbeitet, auf welchen sie als Ministerpräsidentin aufbauen konnte. Die Frau mit Vorliebe für Hüte überzeugte mich immer mit Durchsetzungsfähigkeit, Authentizität und ihrer direkten Art.

Ich hatte oft den Eindruck, dass genau diese Fähigkeiten ihr dabei halfen, sich im Kreis ihrer männlichen Kollegen durchzusetzen. Denn ich bin mir sicher, ihr Weg war nicht immer einfach. Beleg dafür ist die Geschichte des ersten Ministerpräsidenten-Treffens, an welchem Heide Simonis teilnahm. Sie selbst beschrieb diesen Moment mit einem Augenzwinkern wie folgt: „Als ich das erste Mal zum Ministerpräsidenten-Treffen kam, hob unser Sprecher, Kollege Kurt Biedenkopf aus Sachsen, zur Begrüßung an: “Meine Herren Kollegen, ...”. Ein Mitarbeiter, der neben ihm saß, stupste ihn an und dann sagte er: “ ... und Frau Simonis”. Es dauerte ein bisschen, bis das mit der “Frau Kollegin” kam.

Wir verdanken ihr, dass sie für zukünftige Generationen als Vorreiterin einen Weg bereitet hat und Vorbild für andere Frauen war. Heute haben wir parteiübergreifend vier Ministerpräsidentinnen, die in erster Reihe Verantwortung übernehmen und auf viele Errungenschaften zurückgreifen können, die Heide Simonis einst erstritten und vorgelebt hat. Dafür herzlichen Dank, liebe Heide!

HELEN HEBERER
MdL

1994: Ergänzung des Artikels 3 im Grundgesetz

VON TÜLÂY SCHMID

Es war das Jahr 1994 als die aktive Gleichstellungspolitik in Art. 3 Abs. 2 GG Verfassungsrang erlangte und das 2. Gleichberechtigungsgesetz in Kraft trat. Gleichberechtigung sollte von nun an nicht mehr nur Staatsziel sein. Frauen sollten nicht mehr nur formale, sondern auch faktische Gleichstellung genießen.

Der Weg meiner persönlichen Frauengeschichte verlief bis dato nicht durch die westeuropäische Frauenbewegung. Ich hatte bis dahin nicht an einer einschlägigen Demo teilgenommen. Debatten zu Frauenrechten? Nein. Dafür war weder Zeit noch Kraft. In meinem Alltag als alleinerziehende junge Mutter standen diese Dinge weiter hinten auf der to-do-Liste und ich nahm die neuen Regelungen eher aus der Ferne zur Kenntnis.

Meine individuelle Emanzipation vollzog sich vielmehr auf anderem Wege. Es war die Zeit, in der ich einen wichtigen Entschluss nach Kräften umzusetzen versuchte: ich wollte mein Leben selbstbestimmt gestalten. Also hatte ich alle Hände voll zu tun, den Unterhalt für meinen Sohn und mich zu verdienen, für ihn, all seine kleinen und großen Sorgen da zu sein, mich selbst durch eine solide Berufsausbildung wind- und wetterfest zu machen und meinen Platz in dieser Gesellschaft einzunehmen. Ich arbeitete fulltime in einer Bäckerei als Verkäuferin und stellvertretende Filialleiterin. Ich hatte eine Ausbildung ins Auge gefasst und versuchte Vorsorge dafür zu treffen. Ich war angelernt und erhielt für meine eher körperliche Arbeit sauer verdiente 13,- DM auf die Stunde. Genauso viel wie meine ausgebildeten Kolleginnen. Allerdings deutlich weniger als meine Kollegen, die letztendlich

VON TÜLÂY SCHMID

die gleiche Leistung erbrachten wie wir Frauen. Trotzdem arbeitete ich sehr gerne. Es ist für mich bis heute ein seltenes Erfolgserlebnis, meine Ziele - darunter unseren Unterhalt selbständig zu erarbeiten - umgesetzt zu haben. Dennoch: dass meine Arbeit nicht den Wert einer männlichen Leistung erlangen konnte, hinterlässt bis heute eine demütigende Note in dieser stolzen Erinnerung. Die neuen Regelungen brachten für uns Frauen im Betrieb zunächst keine Veränderung. Gleichberechtigung? Fehlanzeige. Im Gegenteil: ich hatte mich gleich doppelt hinten anzustellen, nicht nur als Frau, sondern auch als Alleinverdienerin meiner kleinen Familie. Es war das Los vieler alleinerziehenden Mütter in Deutschland. Das ist bis heute so geblieben.

Gerechtigkeit ist kein Selbstläufer. Das zeigt die Gegenwart unserer Gesellschaft mit ihrer patriarchalischen Vergangenheit. Die Bedeutung gesetzlicher Vorgaben für mehr Gleichberechtigung ist deshalb groß. Auch wenn ich als damals Alleinerziehende an der politischen Diskussion nicht aktiv beteiligt war, bin ich froh um Art. 3 Abs. 2 GG und um all die Vorreiterinnen, die sich für gesetzliche und damit auch gesellschaftliche Entwicklungen einbringen. Ich bin dankbar für ihre Erfolge. Sie lassen mich hoffen - auf mehr faktische Gleichstellung, auf mehr echte Ebenbürtigkeit...

TÜLÂY SCHMID

1994: Rot ist in, Frau Nachbarin!

VON GABI ROLLAND

Es ist wirklich schon lange her.....Die Frauen aus der örtlichen SPD haben mich als junge Genossin geimpft für das Thema Gleichberechtigung in Ausbildung und Beruf. Verstanden habe ich das damals nicht. Mit 22 Jahren stand mir nach einem guten Abitur und mitten in einem berufsbezogenen Studium die Welt offen. Dass ich diskriminiert sei, konnte ich nicht glauben. Mein damaliges Weltbild bekam schnell Risse. Mit meiner ersten Stelle in einem technikaffinen Bereich fragte mein Chef: „Können Sie eigentlich überhaupt mit diesem Thema umgehen?“ Meine Antwort: „Mein Motorrad kann ich auch reparieren“. Da fiel es mir wie Schuppen von den Augen und ich habe verstanden, was mir meine Genossinnen aus der AsF immer sagten. Ein paar Jahre später im Rahmen eines Stellenwechsels fragte der gleiche Chef nach meinen Familienplänen – spätestens danach habe ich richtig mitgekämpft und später auch die Frauen in der Stadt über ihre Hürden steigenlassen, während die Männer leichtfüßig nebendran vorbei laufen durften. Der Slogan der Kommunalwahl 1994 hieß „Rot ist in, Frau Nachbarin“.

GABI ROLLAND
MdL

1995: Weltfrauenkonferenz in Peking

VON LENI BREYMAIER

1995 war ich Landesfrauensekretärin bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Ich war inhaltlich auf der Höhe der Zeit. Gut vernetzt auf allen Ebenen. Es war das Jahr als ich mit einigen Frauen in Eislingen die eislinger-frauen-aktion efa e.V. gründete, deren Gründungsvorsitzende ich wurde.* Ich nervte meine Umwelt mit geschlechtergerechter Sprache in Veröffentlichungen, Tarifverträgen, gerne korrigierte ich unkorrektes Reden. Ich war also die Frauenpolitik auf zwei Beinen. Barbara Stiegler lud ich gerne zu Seminaren, zitierte sie laufend. Weltfrauenkonferenz, das war bei den deutschen Gewerkschaften immer eine Veranstaltung für die obere Führungsebene. Ich verschwendete keinen Gedanken daran, dort dabei sein zu können, obwohl die Konferenz in der Öffentlichkeit sehr präsent war. Zur Weltfrauenkonferenz in Peking fuhr - die Familie schmeißt sich heute noch darüber weg - meine damals 70 Jahre alte Schwiegermutter. Mit dem Hausfrauenbund Oberkochen. Sie kam beseelt zurück mit ihren Fotos von der Chinesischen Mauer und von Hillary Clinton.

*Seit dem findet in Eislingen alles statt, was zum Jahreskalender von Feministinnen gehört: Am 8. März gibt es jedes Jahr ein großes Fest, zum 10jährigen efa-Jubiläum kam Alice Schwarzer persönlich vorbei. Am Tag gegen Gewalt gegen Frauen weht am Eislinger Rathaus die blaue Fahne von Terres des Femmes. Jeden Monat gibt es ein Frauenfrühstück. Eine Menge Veranstaltungen quer durch die Frauenpolitik wurden und werden angeboten.

LENI BREYMAIER
Stellv. SPD-Landesvorsitzende

1996: Auf viele weitere erfolgreiche Jahre!

VON HILDE MATTHEIS

Gleichstellung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Von diesem Grundsatz leite ich wie viele andere Gleichstellungspolitik ab. Die politische Arbeit der AsF war und ist ein wesentlicher Betrag zur Stärkung unseres Markenkerns „soziale Gerechtigkeit". Zwar wurde ihre Arbeit nicht immer so gewertschätzt und hat manche Forderung über Jahre hartnäckig verfolgen müssen, aber heute kann es sich niemand mehr leisten, nicht für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten.

So hat die AsF manches bewirkt, was jetzt mitten in unserer Partei angekommen ist: Quote, Reißverschluss und paritätisches Regierungsteam sind inzwischen genauso selbstverständlich wie konkrete frauenpolitische Forderungen im Regierungsprogramm. Diese Botschaften tun gut, auch wenn etwas ungeduldigere unter uns gerade im Jahr des 150. Geburtstages der SPD noch mehr Wünsche aufzählen könnten. Können wir zufrieden sein im Jahr der Jubiläen?

Von Beginn an steht die AsF für eine an Frauenin-teressen und sozialer Gleichstellung ausgerichtete Politik. Der Satz: „Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe" bestimmte mehr und mehr ihre politische Arbeit. Dies hat nicht nur positive Resonanz gebracht, und in regelmäßigen Abständen wird laut über die Auflösung nachgedacht bzw. ihre Rechte beschnitten. Die Argumente reichen von: „Wenn Gleichstellungspolitik von Frauen und Männern gemacht wird, braucht es keine separate Gruppe", über „AsF-Arbeit bindet Potential, das der Gesamtpartei zugute kommen sollte", bis zu dem

1996: Auf viele weitere erfolgreiche Jahre!

VON HILDE MATTHEIS

Satz „Die AsF ähnelt einer verstaubten Kampftruppe und wirkt abschreckend auf die junge, moderne Generation“.
Wie wichtig aber ihre Arbeit ist, lässt sich an vielen Beispielen verdeutlichen. Eines, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Drei- bis Sechsjährige, ist schon so zur Selbstverständlichkeit geworden, dass der Kampf dafür fast vergessen ist. Diese heute frauenpolitische Selbstverständlichkeit konnte erst 1992 im Zusammenhang mit den Verhandlungen um einen neuen gesamtdeutschen §218 endlich durchgesetzt werden und wurde 1996 gültig.
Die viel benutzte Formel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wird hier ganz konkret – und der Rechtsanspruch garantiert, dass die öffentliche Hand investiert. Natürlich haben wir uns darauf nicht ausgeruht. Der Rechtsanspruch musste praktisch umgesetzt, der zeitliche Betreuungsumfang auf unter Dreijährige ausgeweitet, Ferienzeiten abgesichert, Weiterbildung der Beschäftigten ermöglicht und die Beschäftigten angemessen entlohnt werden. Wir sind auch heute noch nicht am Ziel. Aber auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichstellung 1992 ein wesentlicher Etappensieg.
Vieles liegt noch vor uns. Auch nach 40 Jahren AsF heißt das: es ist weiter unsere Aufgaben, in der Partei vorzudenken, Zielgruppen anzusprechen und für gleiche Rechte und Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Hoffnung, dass wir irgendwann den gleichen Anteil an Macht, Zeit und Geld haben werden, wird uns dabei antreiben. Alles Gute AsF Baden-Württemberg!

HILDE MATTHEIS
MdB, AsF-Landesvorsitzende von 1999- 2007

1998: AsF braucht Frau uns eigentlich noch?

VON STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS

Eine Frau, gleichgestellt, wird überlegen.
Sokrates

Erfahrungen von 1998 bis 2013:
Seit 1985 bin ich Mitglied der SPD. Als ich ein paar Jahr später zum ersten Mal in den Ortsvereinsvorstand gewählt wurde, konnte ich mit der AsF nicht viel anfangen. Ich war der Meinung, dass sie eigentlich unnötig war. Auch beim Thema „Frauenquote“ habe ich nur gelächelt. Doch leider hat mich diese Einstellung sehr schnell verlassen.
Realität: Allein schon bei den Kandidaturen für die Vorstände, war es immer schwer genügend Frauen „durch zu bringen“ – ohne Quote würde so mancher Vorstand ganz anders aussehen. Es ist schon zum Lachen: genau da, wo die Gesellschaft geformt wird – nämlich in der Kindheit, da haben Frauen das „Sagen“ – später jedoch traut „man“ uns nicht zu, etwas gut machen zu können. Wir Frauen sollen immer beweisen, dass wir für einen Posten auch qualifiziert sind. Wer bitteschön kontrolliert das andere Geschlecht? Wir müssen uns immer wieder laut zu Wort melden, damit wir gehört werden. Unser Recht auf Mitbestimmung müssen wir uns immer noch erkämpfen. Unser Lohn fällt immer noch geringer aus, als bei Männern. Frauen in Aufsichtsräten sind eine Sensation. Wir haben zu wenig Abgeordnete, zu wenig Stadt- und Kreisrätinnen und zu wenig Bürger- und Oberbürgermeisterinnen. Wir sollten genau so viel verdienen, wie unsere männlichen Kollegen, sollten paritätisch in Aufsichtsräten vertreten sein, sollten die Möglichkeit erhalten uns frei entscheiden zu können, ob und wie lange wir arbeiten möchten. Gerade der letzte Punkt ist uns

VON STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS

Frauen immer noch nicht gegeben. Grund dafür: die fehlenden Betreuungsangebote für Kinder. Wir leben in einem Land, in dem es das Wort „Rabenmutter“ gibt. Dieses Wort findet „frau“ in keinem anderen Land. Seit Jahrzehnten wird in Deutschland darüber diskutiert, wie viel Betreuung nötig ist. In diesen Jahrzehnten haben uns alle andere europäische Länder überholt. Krippen, Vorschulen, Ganztages-Kitas – all das ist in Frankreich, Norwegen, Schweden usw. etwas Normales. Hier diskutieren wir heute über „Betreuungsgeld“ – dabei sollen Frauen dafür „belohnt“ werden, wenn sie ihre Kinder zu Hause erziehen und nicht arbeiten gehen. Anstatt, dass wir uns nach vorne bewegen, uns dem Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft annähern, machen wir in Deutschland wieder zwei Rollen rückwärts! Ich werde mich solange für eine „echte Gleichberechtigung“ einsetzen, wie es nötig ist. Auch wenn Sokrates im antiken Griechenland schon die Befürchtung hatte, dass gleichgestellte Frauen, den Männern überlegen werden, so kann ich diese Ängste relativieren: wir wollen niemandem etwas wegnehmen, nein, wir wollen nur gleichgestellt sein und das bekommen, was uns zusteht: 50% der Macht, vollen Lohn, freie Entscheidung, wie wir unser Leben führen wollen. Nicht mehr und auch nicht weniger!

STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS
AsF-Landesvorstand
seit 2007

1999: Wahl zur Landesvorsitzenden

VON UTE VOGT

Was für ein Fest. Wir haben getanzt und gesungen - auf dem Parteiabend, auf einem Schiff auf dem Bodensee. Und später weitergefeiert im Hotel. Schön war's, umso mehr, weil es hart erarbeitet gewesen ist. Zwölf Stimmen Vorsprung vor Wolfgang Drexler, mit diesem Ergebnis wählten mich die Delegierten am 9. Juli 1999 in Friedrichshafen zur Landesvorsitzenden. Vorangegangen waren unzählige Vorstellungsrunden in Kreisverbänden und bei Ortsvereinen. Interessant war die Schar meiner Unterstützerinnen und Unterstützer. Entgegen aller Vorurteile waren es ganz, ganz viele Frauen, als ehemalige Juso-Landesvorsitzende natürlich 'meine' Jusos und sehr viele Basis-Mitglieder, die meine Kandidatur getragen und mich sehr unterstützt haben.

Die Funktionsträger der Partei hielten sich dagegen vielfach zurück – und nicht selten eher an Wolfgang Drexler. Meine Kandidatur hatte damals eine interessante Dynamik. Wochenlang waberten Gerüchte, wer es denn wohl werden könnte. Ich nutzte die Gelegenheit auf einer Kreiskonferenz und bewusst nicht die Medien, um meinen Hut in den Ring zu werfen. Bald darauf erklärte sich dann auch Wolfgang und der Reigen begann. War anfangs die Euphorie über meine Kandidatur recht groß, und die Unterstützung durch einige Mandatsträger in Bund und Land durchaus gegeben, wurde es auf der Strecke schwieriger. Der gut vernetzte Generalsekretär hatte eben auch viel Rückhalt und manchen meiner Wegbegleiter verließ der Mut, weil diese bereits mit einem Sieg von Wolfgang rechneten.

1999: Wahl zur Landesvorsitzenden

VON UTE VOGT

Es begann, was alle Frauen in der Politik gut kennen. Die Frage, ob ich das durchhalten würde, die Rede davon, dass ich aufpassen müsse, dass ich mich nicht beschädige und natürlich der gute Rat, doch lieber zurückzuziehen und mich mit Wolfgang zu einigen – ich könnte ja Stellvertreterin bleiben! Bei diesen Zweiflern waren durchaus auch einige, die mich eigentlich offensiv unterstützt hatten.

Ich war ziemlich geknickt und begann auch unsicher zu werden. Es war mein alter Freund und Kollege Hermann Scheer, der mir die entscheidende Frage gestellt hat: „Du musst überlegen, mit was du besser leben kannst: Antreten und verlieren oder gar nicht erst anzutreten, und dich danach ärgern, dass du es nicht wenigstens versucht hast.“ Damit war es entschieden. Ich ziehe es durch - und siehe da, kaum war ich entschlossen, haben sich auch die etwas verzagteren Wegbegleiter wieder eingereiht. Bleibt noch nachzutragen, dass sich Wolfgang Drexler nach der knappen Niederlage trotzdem bereit erklärt hat, weiter Generalsekretär zu bleiben. Solange es uns beiden gelungen ist, als Team zusammen zu bleiben, war das für die SPD Baden-Württemberg nicht die schlechteste Zeit.

UTE VOGT
MdB, Landesvoritzende der SPD Baden-Württemberg von 1999 bis 2009

2001: Dienst an der Waffe für Frauen geöffnet

VON SUSANNE TRÖNDLE

Als ich 1992 die Qual der Wahl hatte, um meinen zukünftigen beruflichen Werdegang in die Hand zu nehmen, habe ich lange gegrübelt, was wohl das Richtige für mich wäre. Einerseits wollte ich nicht wirklich in einen handwerklichen Beruf einsteigen, andererseits hatte ich schon immer eine Affinität für Maschinen und technische Anwendungen. Zusätzlich habe ich in meiner Freizeit sehr viel und engagiert Sport betrieben. „Ein Studium wäre aber auch nicht schlecht", dachte ich bei mir. Aber konnte ich es mir leisten weiterhin die Schulbank zu drücken? Schließlich lebte ich damals schon mit einem Partner zusammen.

Also machte ich mich auf, einen Beruf zu suchen, mit welchem ich möglichst alle meiner Interessen unter einen Hut bringen und Geld verdienen konnte. Reine Verwaltungstätigkeiten wollte ich eigentlich auch nicht, das war mir klar. Ein reines Sportstudium, war es das was mich begeistert? Und wenn ja, wie sollte ich dann über die Runden kommen?

Dienst an der Waffe verbunden mit einem Studium, war es das was ich wollte? Dies würde meiner Wunschkombination aus Sport, Technik und Studium genau entsprechen. Nach langem Abwägen habe ich mir überlegt, ich könnte mal bei der Bundeswehr anfragen. Eine Kombination mit „Technik" und „Sport" und dann noch im Dienst fürs Vaterland auf Achse sein muss da doch möglich sein!

Doch in dieser Hinsicht wurde ich definitiv enttäuscht. Genau diese Kombination war 1992 für Frauen leider noch nicht möglich, weshalb ich mich für eine andere Berufsausbildung entscheiden musste. Heute bin ich Betriebswirtin und freige-

stellte Betriebsrätin.
Manchmal denke ich noch heute, dass es schade ist, dass mir diese Chance nicht gegeben war. Andererseits bin ich mir heute aber auch nicht mehr sicher, ob es das Richtige gewesen wäre bei all den Unruhen, die es mittlerweile in allen Teilen der Welt gibt.

SUSANNE TRÖNDLE
AsF-Landesvorstand
seit 2009

2002: Einführung des Prostituiertengesetzes

VON GUDRUN IGEL-MANN

Am 01.01.2002 trat das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten“ in Kraft. Darin wird die rechtliche Stellung von Prostitution als Dienstleistung geregelt. Ziel war es, Prostitution aus der juristischen Grauzone zu holen und die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern. Weiterhin regelt das Gesetz, eines der liberalsten weltweit, dass sich Prostituierte nunmehr regulär in Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen versichern können.

Bis dato waren Verträge über sexuelle Dienstleistungen sittenwidrig, was zur Folge hatte, dass derartige Verträge nichtig waren. Es bestand also weder ein Anspruch des Kunden auf Erbringung der Dienstleistung noch ein Anspruch der Prostituierten auf die vereinbarte Gegenleistung. Strafrechtlich betrachtet führte dies zu merkwürdigen Konstellationen: So beging ein Freier, der nicht zahlen wollte, keinen Betrug. Nahm dagegen eine Prostituierte Geld an und täuschte dabei über ihre Bereitschaft, sexuelle Dienste zu erbringen, erfüllte dies sehr wohl den Tatbestand des Betrugs.

Prostitution ist in unserer schwäbischen Kleinstadt eher ein untergeordnetes Thema. Trotzdem hat die AsF Göppingen damals die Problematik aufgegriffen und zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Straps und Steuerkarte“ eingeladen. So außergewöhnlich wie das Thema, so bunt gemischt waren auch die Gäste. Auf dem Podium diskutierten Clubbetreiberinnen, eine Sozialarbeiterin und die Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid, auch Mitglied des Landesvorstands der AsF Baden-Württemberg,

über die Anerkennung des Berufs der Prostituierten in der Gesellschaft, souverän moderiert von Frieder Birzele, Innenminister a.D.

An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass sich die Landes-AsF in ihrer Reihe „Frauen am Rande“ seit längerem u.a. mit der Situation von Prostituierten beschäftigt hatte. Diese bedankten sich bei der AsF mit einer Einladung zum Stuttgarter Hurenball - eine interessante Erfahrung mit einigen Überraschungsmomenten, wie von der damaligen AsF-Landesvorsitzenden Hilde Mattheis zu erfahren war.

Aus heutiger Sicht hat das Gesetz meiner Meinung nach nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Zwar wurde Prostitution aus der Illegalität geholt, allerdings ist es praktisch eher ein Zuhälterschutzgesetz und treibt mitunter seltsame Blüten: so klagte 2009 ein Bordellbesitzer beim Bundessozialgericht – zum Glück erfolglos - auf Vermittlung von Prostituierten durch die Bundesagentur für Arbeit.

Nachbesserungen scheinen daher angebracht, insbesondere im Hinblick auf den zunehmenden Menschenhandel. Einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, die Gewerbeordnung auf Bordelle auszuweiten, bezeichnen Experten dagegen als Schnellschuss, da Wohnungsprostituierte dadurch nicht geschützt würden.

GUDRUN IGEL-MANN
AsF-Vorstand Göppingen

2004: 10 Jahre neues Grundgesetz

VON LENI BREYMAIER

2004 war ich Stellvertretende Vorsitzende des DGB in Baden-Württemberg. Zehn Jahre zuvor war ich tief beeindruckt, wie es in einer Parteien übergreifenden Initiative (von Ursula Engelen-Kefer bis Angela Merkel, von Herta Däubler-Gmelin bis Sabine Leutheuser-Schnarrenberger) gelang, mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag das Grundgesetz zu erweitern. Das Grundgesetz war 45 Jahre alt mit seinem Artikel 3 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt". Waren sie (und sind) sie aber nicht. Die Frauen setzten damals die Ergänzung durch: „... Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Zehn Jahre später war davon immer noch nichts zu merken. Darum initiierte ich ein Erinnerungsplakat, ähnlich anmutend wie das Plakat 1994: Mit lauter schwarz-weißen Frauenköpfen, eben aus Baden-Württemberg. Da waren die Frauen der Parteien, die wenigen der Regierung, der Verbände, der Gewerkschaften mit an Bord. Ich fand das prima, für ein frauenpolitisches Ziel gemeinsam einzustehen. Aus solchen Aktionen schöpfe ich Kraft und Mut.

LENI BREYMAIER
Stellv. SPD-Landesvorsitzende

2004: 10 Jahre neues Grundgesetz

VON LENI BREYMAIER

©Regine Lieb, klip.de

2007: Zweiter Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

VON BILKAY ÖNEY

Jede vierte Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren hat im Verlauf ihres Lebens mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch einen Beziehungspartner erlebt.. Gewalt an Frauen hat viele hässliche Gesichter. Sie ist nicht an soziale oder ethnische Herkunft geknüpft. Dennoch gibt es Formen, von denen vor allem Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte bedroht und betroffen sind. Häusliche Gewalt ist ein Tabuthema, für betroffene Frauen bittere Realität. Als Politikerin habe ich mich immer wieder um konkrete Fälle von Gewalt an Frauen gekümmert. Ein einschneidendes Erlebnis war der sogenannte Ehrenmord an Hatun Sürücü Anfang des Jahres 2005 in Berlin. Ihr Tod sorgte bundesweit für Entsetzen und löste eine Debatte über Zwangsverheiratungen in Deutschland aus.

Mit dem ersten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hatte die rot-grüne Bundesregierung bereits 1999 das Thema auf die politische Agenda gehoben. Im Jahr 2007 folgte dann der zweite Aktionsplan unter der schwarz-roten Bundesregierung.. Ein Kapitel widmet sich dem Schutz von Migrantinnen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind. Untersuchungen haben ergeben, dass Frauen mit ausländischen Wurzeln häufiger als deutsche Frauen körperliche Gewalt erleben müssen.

Das Thema Gewalt an Migrantinnen liegt mir sehr am Herzen. Im Landesforum gegen Zwangsverheiratung engagieren sich Ministerien, Institutionen und Verbände aktiv für präventive Maßnahmen. Mein Haus unterstützt zudem die Beratungsnetzwerke Yasemin und Sibel und hat gemeinsam mit

VON BILKAY ÖNEY

Terre des Femmes Multiplikatoren-Workshops konzipiert und umgesetzt. Auch der Runde Tisch Islam hat sich mit diesen Themen bereits auseinandergesetzt. Wir würden es uns aber zu einfach machen, Gewalt im Namen der sogenannten Ehre allein auf den islamischen Kulturkreis zu beschränken. Es gilt, allgemein archaische Familienstrukturen aufzubrechen, sei es durch Elternarbeit oder Aufklärungsarbeit an den Schulen. Dabei können niedrigschwellige Angebote wie die genannten Beratungsstellen helfen. Auch die Arbeit der Frauenhäuser gilt es zu unterstützen. Und wir dürfen nicht vergessen, dass auch homosexuelle Männer von Zwangsverheiratung betroffen oder bedroht sein können.

In den Vereinen und Verbänden, in den Schulen, Unternehmen und Verwaltungen brauchen wir interkulturelle Kompetenz, um mit diesem sensiblen Thema umgehen zu können. Deshalb setzt sich die Landesregierung dafür ein, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln zu erhöhen. Der Landesverband der Volkshochschulen und das Integrationsministerium haben eine Schulungsreihe auf den Weg gebracht, um das interkulturelle Know-how in den Kommunalverwaltungen zu stärken. Auch für die Ministerialverwaltung, die Regierungspräsidien und Landkreise gibt es Qualifizierungen.

Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat und akzeptiert Gewalt an Frauen nicht. Unsere gemeinsame Wertebasis ist das Grundgesetz. Es garantiert allen Menschen in unserem Land ein menschenwürdiges Leben. Dafür setze ich mich ein.

BILKAY ÖNEY
Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg

2007: Mindestlohn – wirklich ein Ziel?

VON URSULA HAMMER

Eigentlich mag ich es immer noch nicht wahr haben, dass Mindestlohn in Deutschland ein Thema ist. Anfang der 80er Jahre, als ich als Studentin in die SPD eintrat, gab es einen Mindestlohn in Entwicklungsländern – damals war das die Dritte Welt – und in den USA. Das waren Länder mit einer Gesellschaftsstruktur, die wir nie wieder haben wollten: viele arme Menschen und wenig Reiche, die in Wirtschaft und Politik das Sagen haben. Damals hatte ich mir nicht vorstellen können, dass wir in der SPD jemals in der Situation sein würden, in Deutschland einen Mindestlohn zu fordern. Eine anständige Bezahlung sei in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit – dachte ich.

Inzwischen sind 30 Jahre vergangen. Unsere Gesellschaft hat sich verändert. Arbeitslohn zu zahlen scheint für viele Unternehmen ebenso wie Steuern zu zahlen als Übel empfunden zu werden. Beides gilt es um jeden Preis zu vermeiden oder jedenfalls, wenn es denn unvermeidbar sein sollte, zu minimieren. Im Idealfall kann ein Arbeitgeber heute beides verbinden: er zahlt dem Arbeitnehmer nur ein paar Euro pro Stunde, Sozialabgaben spart er sich durch die Aufteilung der Arbeitsstelle in zwei bis drei Minijobs und lässt den Staat steuerfinanziert die Differenz zum mageren Lebensminimum „aufstocken“. In einem Aufwasch werden der Arbeitnehmer und der Staat ausgebeutet. Wenn der Arbeitnehmer eine Arbeitnehmerin ist, funktioniert das sogar noch besser, weil dann noch weniger Lohn gezahlt werden muss. Manches in unserer Gesellschaft hat sich in den letzten 30 Jahren nicht zum Besseren gewendet.

VON URSULA HAMMER

Deshalb brauchen wir in Deutschland heute einen Mindestlohn. Wir fordern ihn seit Jahren, leider nicht immer mit dem notwendigen Nachdruck. Lange Zeit habe ich die Genossen immer wieder von „Mindestlöhnen“ reden hören. Das Wort „Mindestlöhne“ ist ein Widerspruch in sich. Ein Minimum ist absolut. Das wirtschaftliche Minimum für ein würdevolles Leben ist für alle Menschen, insbesondere für Männer und Frauen dasselbe. Und hier kommt die AsF ins Spiel: unterschiedliche „Mindestlöhne“ für unterschiedliche Branchen bedeutet in der Praxis höhere „Mindestlöhne“ für Branchen, in denen vorwiegend Männer tätig sind (Bauarbeiter, Fensterputzer, Müllfahrer) und niedrigere „Mindestlöhne“ für typische Frauenberufe wie Friseurinnen, Küchenhilfen oder Pflegehelferinnen. Das darf die AsF nicht zulassen! Erfreulicherweise reden die meisten Genossen heute von der Forderung nach einem Mindestlohn. Ich hoffe, sie haben das Problem verstanden und fordern auch in diesem Bereich tatsächliche die gleichen Rechte für Frauen und Männer.

Ein Mindestlohn ist heute eine Notwendigkeit, aber mein Traum sieht anders aus: eine Gesellschaft, in der für gute Arbeit gutes Geld gezahlt wird, in der wirtschaftlicher Einfluss gesellschaftliche Verantwortung bedeutet und in der Solidarität und Teilen selbstverständlich sind.

URSULA HAMMER
AsF-Landesvorsitzende von 2007-2009

2008: Mein Leben, meine Hoffnung

VON KERSTIN RAPPSILBER

Geboren bin ich 1952 in Halle/ Saale. Mein Vater, ein begnadeter Fußballer, wurde in die Fußball-Auswahlmannschaft der DDR berufen. Wegen der damit verbundenen Privilegien hatten meine Eltern anfangs ein sorgenfreies Leben. Mein Vater wurde gedrängt in die sozialistische Volkspartei einzutreten. Da er der Partei nicht beitreten wollte, wurden gewährte Privilegien gestrichen und die Pässe eingefordert. Mit Hilfe seinerzeit bekannter Fußballgrößen aus der Bundesrepublik gelang meiner Familie 1955 die Flucht. Zunächst nicht als politische Flüchtlinge anerkannt, mussten wir vier Monate im Flüchtlingslager verbringen. Durch Fürsprache von Sportlerkollegen meines Vaters erhielten wir schließlich ein Aufenthaltsrecht.

Bei meiner Einschulung wurde ich als „Flüchtlingskind“ betitelt, musste mir oft Hänseleien gefallen lassen, welche ich nicht verstand, die aber schmerzliche Erfahrung wurden. Die Tätigkeit meines Vaters bedingte häufige Umzüge und Schulwechsel. In Heidenheim wechselte ich in die Freie Waldorfschule. Hier war die Herkunft der Schüler egal. Ob arm, reich, fit, oder mit Handicap, alle Schüler wurden mit gleichem Respekt behandelt und gefördert, zu gesundem Selbstbewusstsein ermuntert.

Tätigkeiten als Amtsvormund, als Personalchefin, als Referentin des Landrates und Leiterin eines Fachamts gaben mir Einblicke und Kenntnisse in viele Bereiche: Sozialrecht, Jugendrecht, Arbeits- und Tarifrecht, Kommunalpolitik, Ausländer- und Asylrecht sowie in viele Bereiche der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bis hin zum Katastrophenschutz.

Für mich selbst habe ich aus meinem Lebenslauf

und Berufsleben die Erfahrung gewonnen, dass vieles in unserem Staat in „sozialer Schieflage“ ist. Die Gleichstellung nichtehelicher Kinder, Modell „Mutter und Kind“, wiederholte Änderungen im Tarifrecht, im Ausländer- und Asylrecht und des Staatsangehörigkeitswesens habe ich erlebt und umgesetzt. Einige dieser Reformen galten ausschließlich Frauen und Kindern. Dennoch war und ist das Berufsleben für Frauen immer noch mit vielen Hürden verbunden, die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen schwierig, oftmals nahezu unmöglich, und integrationswilligen Ausländern wird immer noch mit erheblicher Skepsis begegnet.

Ereignisse, wie die Verfolgung Farbiger, die Ermordung Kennedys und Martin Luther Kings, der Mauerbau am 13.08.1961, die Befreiung Mandelas, die Schicksale namhafter Frauenrechtlerinnen wie Marie-Luise Plener-Huber, Marianne Weber, die Musikerinnen der russische Rockband Pussy, die Friedensnobelpreisträgerinnen 2011 Leymah Roberta Gbowee und Ellen Johnson-Sirleaf aus Liberia, Tawakkul u.a. haben mich nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben 2008 bewogen, in der SPD und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen mitzuwirken.

Ich erhoffe mir, durch meine aktive Tätigkeit in der SPD und der AsF einen kleinen Beitrag zu einer sozialeren, gerechteren und einer vorbehaltloseren Gesellschaft leisten zu können.

KERSTIN RAPPSILBER
AsF-Landesvorstand

2011: Wahl zur Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

VON KATRIN ALTPETER

1973, im Gründungsjahr der AsF, war ich 9 Jahre alt. Ich hatte keine Vorstellung davon, dass ich 16 Jahre später in die SPD eintreten würde und im Verlauf der kommenden Jahre immer wieder mit der AsF zu tun haben würde. Ich hatte keine Ahnung, wie viele engagierte Frauen ich kennenlernen würde und wie viel wir politisch gemeinsam erreichen würden. Und ich hatte nicht geahnt, dass ich 38 Jahre später Frauenministerin des Landes Baden-Württemberg sein würde.

In die SPD gebracht hat mich der Wille, in unserer Gesellschaft etwas zu verändern, sie gerade für Frauen besser zu machen. Ähnlich wie viele junge Frauen heute war ich zuvor lange davon überzeugt, dass Frauen und Männer bereits vollkommen gleichberechtigt waren. Erst nach und nach musste ich erkennen, dass unsere Gesellschaft von einer solchen tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter nach wie vor weit entfernt war. Das wollte ich nicht länger hinnehmen. Ich begann mich zu engagieren.
Eine andere Partei als die SPD wäre für mich nie in Frage gekommen. Meiner Meinung nach war und ist die SPD die Partei für die Umsetzung der Rechte von Frauen. Es war die SPD, die erfolgreich als erste Partei für das 1918 eingeführte Frauenwahlrecht gekämpft hat. Und es war die SPD, die 1988, ein Jahr vor meinem Parteieintritt, eine verbindliche Frauenquote innerhalb der Partei verankert hat. Damit hatte sie ein deutliches Zeichen gesetzt, wie ernst es ihr damit war, dass auch weibliche Parteimitglieder den ihnen zustehenden Anteil an Mandaten, Ämtern und Funktionen erhielten.

Dennoch, trotz aller auch seitdem noch erreichten Erfolge in der Gleichberechtigung: Es gibt nach wie vor viel zu tun. Aktuelle Umfragen zeigen, dass Frauen heute selbstbewusster sind denn je. Sie wollen alles: Kinder, Karriere, Freunde – und einen Mann, der mit ihnen das Leben partnerschaftlich teilt. Sie sind selbstbewusst – und trotzdem haben sie Angst. Angst davor, arbeitslos und arm zu werden. Und sie sind sich der in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor bestehenden Chancenungleichheit zwischen Männern und Frauen sehr deutlich bewusst. Nach wie vor werden Frauen schlechter bezahlt als Männer. Nach wie vor sitzen viel zu wenige Frauen in den Parlamenten. Und nach wie vor müssen Frauen immer noch viel mehr als Männer die Doppelbelastungen von Familie und Beruf tragen.

Seit dem Regierungswechsel 2011 hat die SPD bereits viele Verbesserungen für die Frauen im Land auf den Weg gebracht. Dennoch haben wir den Wunsch von Elfriede Eilers, der ersten Bundesvorsitzenden der AsF, noch nicht erfüllen können. Sie sagte 1973, dass es das Ziel der AsF sein müsse, sich selbst überflüssig zu machen. Soweit sind wir noch nicht. Unsere Kämpfe dafür, eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft durchzusetzen, sind noch nicht zu Ende – nicht in der Gesellschaft, nicht in unserer eigenen Partei. Aber sie sind weniger geworden. Arbeiten wir weiterhin gemeinsam daran, dass sie eines Tages nicht mehr nötig sein werden.

KATRIN ALTPETER MdL
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

2013: Das Betreuungsgeld – Willkommen in der Vergangenheit

VON LUISA BOOS

1. August 2013 - der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege für unter 3-jährige Kinder tritt in Kraft. Auch wenn immer noch nicht ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen, kann man von einem beispiellosen Kraftakt sprechen. Nie zuvor wurden in der Bundesrepublik in so kurzer Zeit so viele neue Betreuungsplätze geschaffen – die Ausgangslage war vielerorts allerdings auch beschämend.

Zeitgleich haben Eltern auch Anspruch auf Betreuungsgeld. Mit dessen Einführung werden gleichstellungspolitische Anstrengungen der letzten Jahrzehnte ad absurdum geführt und das Familienbild weit zurück geworfen. Das Betreuungsgeld setzt einen finanziellen Anreiz, Kinder nicht in eine Kita zu bringen und hat zur Konsequenz, dass ein Elternteil (meist die Frau) länger zuhause bleibt. Es geht den Befürworter*innen darum, einer ganzen Generation ein traditionelles Lebens- und Familienmodell aufzudrängen, während die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum ersten Mal in greifbarere Nähe rücken sollte. Geht der Plan auf, führt das Betreuungsgeld zu einer Verringerung bzw. einer Stagnation der Frauenerwerbsquote. Durch eine relativ lange Zeit der Abwesenheit wird der Wiedereinstieg ins Berufsleben erschwert und die Abhängigkeit vom Partner verstärkt. Besonders Frauen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, werden durch das Betreuungsgeld in ihrer Wahlfreiheit zwischen Eigenbetreuung und Kita signifikant eingeschränkt.

Warum ist das so? Ein kleines Zahlenbeispiel: Ein Halbtagsbetreuungsplatz in meinem Wohnort kos-

tet 288 €. Zusätzlich fallen noch Kosten von circa 45 € für Mittagessen an. Wenn man zu diesem Betrag 100 € Betreuungsgeldzahlung hinzurechnet, muss das Elternteil, das zurück in den Beruf möchte, in Teilzeit mehr als 430 € netto verdienen, damit sich die Berufstätigkeit „lohnt". Vor dem Hintergrund des Zuverdiener*innenmodells durch das Ehegattensplitting ist das Betreuungsgeld ein weiterer Baustein einer finanziellen Belohnung für das Leben traditioneller Geschlechterrollen.

Die Einführung des Betreuungsgeldes stand im Kontext einer absurden und pervertierten Diskussion um die „Wahlfreiheit" zwischen der eigenen Betreuung von Kindern und der Inanspruchnahme einer frühkindlichen Förderung in einer Kita. Damit reagieren die Konservativen auf ein breiteres Definitionsspektrum von „Familie" und auf veränderte gesellschaftliche Umstände, die gegen ihr Wertemodell stehen.

Besonders traurig ist, dass durch das Betreuungsgeld die staatliche Aufgabe, genügend Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, beschnitten wird. So ist es nur folgerichtig, die Abschaffung des Betreuungsgeldes und die Schaffung von zusätzlich 200.000 Betreuungsplätzen zu fordern. Denn während eine Debatte um die angebliche Wahlfreiheit zwischen einer Sachleistung und einer Barleistung geführt wird, suchen im wirklichen Leben unzählige Eltern verzweifelt nach einem Kita-Platz.

LUISA BOOS
stellv. Juso Landesvorsitzende von 2010 bis 2012

2013: Es ist Zeit für Frauen

VON TIJEN KARIMANI

„Als Frau wird man doch eh bevorzugt oder hochquotiert“, so oder so ähnlich lauten die wirklich dummen Sprüche, die erfolgreichen Frauen begegnen. Alle sprechen davon, dass wir in einer Zeit und in einer Gesellschaft leben, in welcher Gleichstellung funktioniert. Aber das ist leider fern ab von jeglicher Realität. Umso wichtiger ist es, dass die Arbeit durch die AsF nicht vermindert oder gar beendet wird. Zum heutigen Zeitpunkt ist sie wichtiger als je zuvor. Wir stehen kurz davor, dass Frauen endlich gleiche Bedingungen haben wie Männer, dass Frauen nicht der Kinder wegen auf ihre hart erarbeitete Karriere verzichten müssen, dass Frauen in hohen Führungspositionen akzeptiert werden. Das brauchen wir! Starke Frauen aus der Vergangenheit zeigen es uns, dass das Unmögliche möglich ist. Sie waren ihrer Zeit weit voraus und haben dieses Unmögliche wahr gemacht: Clara Zetkin, eine Frau, die größte Vorarbeit für die Frauenbewegung geleistet hat, Rosa Luxemburg, eine starke Frau, die unbeirrt für ihre Ideale gekämpft hat, Elisabeth Selbert, schrieb die Gleichstellung von Frau und Mann ins Grundgesetz, Annemarie Renger wird als erste Frau und erste Sozialdemokratin zur Bundestagspräsidentin gewählt, Heide Simonis wird erste Ministerpräsidentin. Liebe Genossinnen, sie beweisen es. Es ist Zeit für Frauen. Als Frau hat man es generell schwerer, eine besser gestellte Position zu bekommen. Noch schwieriger wird es dann, diese Position mit Familie und Kindern zu verbinden. Vor allem in der Politik ist es wichtig, dass kompetente Frauen, eine Chance bekommen. Ohne sich ständig für ihren Erfolg rechtfertigen zu müssen. Mit der Arbeit der AsF haben

wir im Laufe der Zeit wichtige Meilensteine für Frauen gesetzt. Die Sozialdemokratische Partei, die sich Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, muss ein Vorbild für die Gesellschaft sein. Schaut man sich aber in unserer Partei um, findet man nur sehr wenige Frauen in Spitzenpositionen. Eine der beeindruckenden Ausnahmen, der es gelingt Familie und politische Spitzenposition zu vereinbaren, ist Manuela Schwesig. Sie verkörpert die weibliche Stärke, Kompetenz, Durchsetzungsfähigkeit, Weitsichtigkeit mit dem richtigen Gespür für soziale Gerechtigkeit. Eine Frau, die mitten im Leben steht, Familie und Karriere super mit einander vereinbaren kann und uns vorlebt, was es heißt tatsächlich Karriere zu machen.

Diese Frau für die Bundesrepublik? – Auf jeden Fall! Sie zeigt uns, wie es sein kann, wenn die Ziele, für welche die AsF seit 40 Jahren die Wege geebnet hat, und wofür sie gekämpft hat, Realität werden. Alles wofür sich die AsF einsetzt, könnten wir mit einer weiblichen Kanzlerkandidatin krönen.

In den vergangenen 40 Jahren haben wir Frauen in der SPD und der Gesellschaft viel erreicht und große Erfolge gefeiert. Wir haben hart dafür gearbeitet, unsere Genossinnen haben hart für uns gearbeitet! – Es ist endlich Zeit für Frauen.

TIJEN KARIMANI
Stellv. Juso-Landesvorsitzende seit 2012

2013: #Aufschrei gegen Alltagssexismus

VON FABIENNE VESPER

Der #Aufschrei kam in der Nacht zum 25. Januar 2013.

Maike hatte in einen Blogartikel berichtet, wie ihr nachts aufdringliche Männer bis zu ihrer Wohnung gefolgt waren. Und wie ihr bewusst wurde, dass Übergriffe zu ihrem Alltag gehören: „Es war mir bloß nicht mehr aufgefallen, weil es bereits so normal geworden war."

Wer Maike ist? Das weiß ich selbst nicht. Sie ist wie ich eine Feministin, die sich im Netz engagiert, eine von vielen. Wir kennen uns nicht persönlich und doch teilen wir uns sehr persönliche Dinge mit. Wir empören uns, trösten uns, üben gegenseitig Kritik, gewinnen Einsichten. Wir sind vernetzt und haben Sexismus den Kampf angesagt.

Viele Frauen haben sich in Maikes Artikel wieder gefunden und selbst ihre Erlebnisse geschildert. Kurz nach Mitternacht schlug die Nutzerin @marthadear auf Twitter vor: „wir sollten diese erfahrungen unter einem hashtag sammeln. ich schlage #aufschrei vor."

Erst waren es Hunderte, dann Tausende, dann Zehntausende Frauen, die ihre Erlebnisse teilten. Auf der Seite www.alltagssexismus.de werden bis heute Berichte gesammelt zu „Sexismus, Homo-, Queer- und Transfeindlichkeit und zu Rassismus, Klassismus und Ableismus, den Frauen erleben."

Schlaflos, entsetzt, mitfühlend las ich einen Tweet nach dem anderen. Über den Lehrer, der meint, du solltest als Mädchen die Bänke im Physiksaal lieber putzen als darauf zu sitzen… Über den unbekannten Typen, der dir auf einer Party im Vorbeigehen zwischen die Beine fasst…

#Aufschrei war bedrückend, weil deutlich wurde,

VON FABIENNE VESPER

dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um etwas Strukturelles. Vielen wurde das Ausmaß von Alltagssexismus erst jetzt richtig bewusst, auch im eigenen Leben.

#Aufschrei war befreiend. Auch ich teilte als lesbische, transgeschlechtliche Frau alltägliche Erlebnisse. Und ich hatte das Gefühl, mit meinen Erfahrungen nicht mehr so allein dazustehen, Verbündete zu haben.

Und dann?

Es regnete auch Hohn und Sarkasmus. Manchen wurde im Netz mit Mord und Vergewaltigung gedroht. Währenddessen interessierten sich in Talkshows ältere Herren viel mehr für das Schicksal übergriffiger Politiker als für die Lebensrealität der Betroffenen. An höchster Stelle schwiegen sich Kanzlerin und Frauenministerin aus. Der Bundespräsident schließlich stellte Männer als Opfer eines „Tugendfurors“ dar.

Wir hielten dagegen, nahmen in Blogartikeln die mediale Verarbeitung von #Aufschrei auseinander, wehrten uns gegen Ablenkungsmanöver und Umdeutungen. Es wagten sich auch Frauen in Talkshows, gaben Interviews, schrieben offene Briefe.

Am Internationalen Frauentag trafen sich einige von uns in Berlin auf einer Veranstaltung der FES. Dort sprach auch die britische Journalistin Laurie Penny: „Dinge, die vor Kurzem noch als normal erachtet wurden, sind es jetzt nicht mehr.“ Das stimmte mich hoffnungsvoll. Ob in der gedruckten „Gleichheit“, als digitaler #Aufschrei oder in zukünftiger, ungeahnter Form - wir können uns zur Wehr setzen und gemeinsam viel bewirken!

FABIENNE VESPER

2013: 1. Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Baden-Württemberg

VON SABINE WÖLFLE

Seit 40 Jahren setzen sich Sozialdemokratinnen für die Rechte von Frauen, für Chancengleichheit und Teilhabe ein.

Jede Sozialdemokratin ist automatisch Mitglied der AsF, aber nicht jede arbeitet mit. Sicher waren es deutlich mehr Frauen in den ersten Jahren der AsF und gemeinsam haben diese Frauen viel erreicht. Dass das Interesse an Gleichstellungspolitik aber im Bewusstsein der Frauen, vor allem außerhalb der Parteien, immer geringer wird, ist nur vermeintlich wahr.

Viele Frauen glauben längst gleichberechtigt zu sein, die vielen Benachteiligungen erfahren sie dann erst im Laufe ihres Lebens.

Für die Frauen, aber auch für die AsF, gibt es noch immer jede Menge „ Arbeit“. Dies hat nicht zuletzt auch der erste „Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Baden-Württemberg“, gerade unter der Federführung unserer SPD-Sozialministerin Katrin Altpeter erschienen, sehr deutlich gezeigt. Die Ergebnisse auf das Land runtergebrochen sind eine regionale Ergänzung zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Beide Berichte, die des Landes wie auch des Bundes, zeigen eine gemeinsame rote Linie. Der Atlas aus Baden-Württemberg zeigt die regionalen Unterschiede anhand von 35 Indikatoren aus den Bereichen Partizipation, Schulische Bildung, Arbeit und Sicherung des Lebenserhaltes und Lebenswelten. Gerade hier kann man sehr gut ablesen, wo Handlungsbedarf besteht.

Ein Fazit ist ganz klar dominierend: Frauen sind so gut wie kaum in politischen oder wirtschaftlichen Führungspositionen zu finden. Schlusslicht beim

2013: 1. Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen

VON SABINE WÖLFLE

Frauenanteil in den Kommunalparlamenten zu sein, treibt uns Frauen in der SPD natürlich um. Wir wollen klar ein Gesetz nach französischem Vorbild mit verbindlichem Reißverschluss, hierzu brauchen wir aber eine Verfassungsänderung. Bis wir soweit sind, haben wir eine sogenannte Soll-Regelung zur Aufstellung der Kommunalwahllisten im Reißverschlussverfahren beschlossen –ein erster Schritt. Aber wir werden weitere prüfen, auch mit Unterstützung der AsF.

Erschreckend ist auch die erneute Bestätigung im Gleichstellungsatlas, dass Mädchen die besseren Schulabschlüsse haben und 55% eines Abiturjahrgangs weiblich ist. Im Lebensverlauf nützt den jungen Frauen dies aber leider nichts, denn in den Bereichen Langzeitarbeitslosigkeit, Teilzeitjobs, Grundsicherung im Alter, Anzahl der Minijobs führen die Frauen haushoch vor den Männern - der Atlas und seine Zahlen bestätigen dies in trauriger Art und Weise. Dass wir zudem enormen Nachholbedarf beim Ausbau von Krippenplätzen haben und die fehlende Betreuungsinfrastruktur eine der Ursachen für die große Anzahl von Teilzeit- und Minijobs ist, ist dem Bericht zu entnehmen.

Hier schließt sich dann der Kreis. Würden mehr Frauen als politische Entscheidungsträgerinnen in den Parlamenten sitzen, angefangen vom Gemeinderat, Kreistag bis hin zum Landtag, wären wir im Ausbau von Betreuungsplätzen mit Sicherheit ein großes Stück weiter, davon bin ich fest überzeugt. Dann ginge es auch mit der Chancengleichheit voran. Wir arbeiten dran, versprochen!

SABINE WÖLFLE
MdL, Frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Die Vorsitzenden der AsF Baden-Württemberg

HERTA DÄUBLER-GMELIN	*1973 bis 1976*
BETTINA ROHN	*1976 bis 1978*
RUTH ZUTT (1987 verstorben)	*1978 bis 1983*
BRIGITTE ADLER (2004 verstorben)	*1983 bis 1987*
WILMA RÖMER	*1987 bis 1990*
ELFRIEDE BEHNKE	*1990 bis 1997*
DORIS HEMMERLE-HINDENNACH	*1997 bis 1999*
HILDE MATTHEIS	*1999 bis 2007*
URSULA HAMMER	*2007 bis 2009*
CLAUDIA SÜNDER	*2009 bis 2011*
ANETTE SORG	*seit 2011*